

# Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verein, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. L. Nr. 29, Hamburg und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands).

Erscheint wöchentlich einmal Samstags Abonnementoppreis bei der Post 80  $\text{M}$ , in Partieen direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 21. November 1896.

Inserate die vier gesparte Petitzelle oder deren Raum 20  $\text{M}$   
Redaktion und Expedition:  
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Arbeitslosen-Versicherung. — Die Gesamt-lage der Metall- u. Maschinen-industrie. (Schluß.) — Nationaler Sozialismus. — Warum die Arbeiter sich ihren Gewerkschaften anschließen sollen. — Aus Österreich. — Bericht über die Agitationstour in den Provinzen Schlesien und Brandenburg im Oktober 1896. — Deutscher Metallarbeiter-Verein: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter: Abrechnung der Hauptkasse pro Monat Oktober 1896.

## Zur Beachtung.

Buzug ist fernzuhalten: von Formern nach München (Landes); von Gelbgießern, Drehern und Gürtern nach Hamburg (Fleck Söhne); von Metallischlägern nach Großschönau; von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin, besonders von Formern, Gelb- und Nothgießern, Bau- u. Kunstschorfern und Kunstschnieden, Gürtern und Drückern; von Arbeitern der Fahrradbranche nach Brandenburg a. Havel (Liepe & Bresl) u. Frankfurt a. M. (Kiefer); Arbeitern der Gasbeleuchtungs- und Apparatenbranche nach Frankfurt-Bockenheim (Gebr. Piusch); von Drehern, Schlossern, Maschinenbauern und Metallarbeitern aller Berufe nach Zübeck; von Feilenhauern nach Düsseldorf, Dresden (Rippe); Rotterdam i. Holland (Junk u. Kerkhoff); Billingen (Wezel) und Zwischen; von Formern, Schlossern und Drehern nach Pforzheim (Beukiser).

## Arbeitslosen-Versicherung.

Seit einiger Zeit befassen sich links stehende bürgerliche Blätter mit Erörterung der Frage, wie eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit für Lohnarbeiter geschaffen werden könnte.

Angeregt wurde diese Diskussion hauptsächlich durch ein Referat, welches der Zeitungsmillionär Leopold Sonnemann in Frankfurt a. M., früher einmal Reichstaatsgeordneter für Frankfurt, Besitzer eines der bedeutendsten Börsenblätter Deutschlands, der „Fest. Zeitg.“, auf dem diesjährigen Parteitag der „Deutschen Volkspartei“ in Ulm erstattet hat. Die „Deutsche Volkspartei“, die sich diesen Namen zugelegt hat, obwohl sie nur über einen mäßigen Bruchteil Deutschlands sich erstreckt und obwohl sie mit dem Volk, dem arbeitenden Volk nur in einem sehr losen Zusammenhang und recht bescheidenem Verkehr steht, ist in Süddeutschland oder richtiger in Schwaben, wo sie ihren eigentlichen Sitz hat, ungefähr dasselbe, was in Norddeutschland die „deutschfreisinnige“ oder „freisinnige Volkspartei“ ist, eine auf kleinbürgerlichem Boden stehende, aber doch die kapitalistischen, auch die großkapitalistischen Interessen kräftig wahrnehmende Partei mit etwas demokratischen Illusionen, deren hervorragendstes Bestreben ist, der Sozialdemokratie Boden abzugehn. Sie wendet sich zwar

auch gegen die Nationalliberalen, deren politische Rückgratlosigkeit und staatsmännische Eigensamkeit sie verdammt, von denen sie aber selbst schon so viel gelernt hat, daß man manchen ihrer Beschlüsse von einem nationalliberalen nur mittelst Anwendung der Lupe unterscheiden kann. Sie besteht fast nur aus „Staatsmännern“. Jeder Volksverteiler ist ein Diplomat in Westentaschenformat; die Partei verfügt über so viele Offizielle, daß sie ein Reichstagswählerheer von zwei Millionen befehligen könnte und es fehlen ihr dazu nur — die Wähler. Die Agitation betreibt sie mittelst des vortrefflichen modern-kapitalistischen Mittels der Reklame. In derselben ist sie groß. Alles, was sie thut, ist Reklame. Es kommt ihr, um irgend einen Vortheil zu erreichen, auch auf eine kleine Prinzipienverengung nicht an und um ein Dutzend ländlicher Reichstagswählerstimmen einzufangen, steht mancher ihrer Agitatoren z. B. nicht an, die demokratische Forderung der Trennung der Schule von der Kirche zu verleugnen, und wenn ein volksparteilicher Kandidat einmal das Metall zu einer katholischen Kirchenglocke stiftet, so wird dieses niedliche Reklamenmittel von der Partei durchaus nicht verwirkt befunken, wenn es etliche hundert Zeutumsstimmen und damit den Sieg in der Stichwahl einbringt. Hauptgrundzäh ist ihr: immer und bei allen Gelegenheiten von sich reden machen, und sich in empfehlende Erinnerung bringen, damit „das Volk“ erfährt, daß die „Volks“-Partei auch noch da ist. Viel Zeit muß diese Partei leider darauf verwenden, sich über die Sozialdemokratie und über das undankbare Volk der Lohnarbeiter gekränkt zu fühlen, welches gar nicht einsehen will, daß die Arbeiterbewegung keine hervorragendere Aufgabe kennen sollte, als mit Sack und Pack in das Lager der volksparteilichen Demokratie abzuschwanken. Aus dem Berichtsnach ihrer größeren sozialpolitischen Thaten ist hervorzuheben, daß sie den Normarbeitstag von ihrem Programm gestrichen und auf ihrem vorjährigen Parteitag in München beschlossen hat, nicht die Befreiung, sondern die „Hebung“ der Arbeiterklasse ihrem Repertoire einzubauen. Auf dem Parteitag zu Ulm nun — in derselben Stadt also, in der der berühmte Schneider das Fliegen probirt hat — schwang man sich zu einer „That“ auf, welche mindestens dieselbe Höhe beanspruchen darf, wie der Ausatz jenes weiberüchtmten Radelhelden zum Fliegen auf einer Brüstung des Münsters, welcher Held dann, wie uns das schöne Volkslied erzählt, „vom Teufel in d' Donau 'ne'geführt“ worden ist.

Und diese That hat Herr Leopold Sonnemann gethan, derselbe Herr Sonnemann, welcher aus seiner „Societätsdruckerei“ in Frankfurt seinerzeit die Verbandszeiger ausgemerzt hat. Herr Sonnemann hat auf dem Ulmer Parteitag, auf dem man sich so sehr gefreut hat, daß eine Militär-Musikkapelle zum

demokratischen Festessen aufspielen durfte, beantragt, an die Reichsregierung die Forderung zu richten, dem Reichstag ein Gesetz, betreffend die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, vorzulegen. Und Herr Sonnemann hat auch gleich einen „fix und fertigen“ Gesetzentwurf mitgebracht und denselben vor den versammelten Staatsmännern „begündet“.

In unserem Zeitalter der „Sozialreform“ ist schon viel über Arbeitslosenversicherung oder -Unterstützung geredet und geschrieben worden. Die Frage ist eine viel umstrittene. Man ist da und dort schon an die praktische Lösung derselben herangetreten. In der Schweiz haben einige Stadtgemeinden den Versuch gemacht, diese Versicherungssart einzuführen; die bis jetzt damit gemachten Erfahrungen sind aber noch lange nicht genügend, um ein abschließendes Urtheil darüber fällen zu können. In Deutschland haben mehrere gewerkschaftliche Arbeiter-Organisationen, darunter in erster Reihe die Buchdrucker, die Arbeitslosenunterstützung für ihre Mitglieder eingeführt und dadurch den Prinzipialen eine wesentliche Last und Sorge abgenommen, aber auch vielen ihrer Mitglieder — allerdings unter erheblichen Opfern — eine große Wohlthat erwiesen und für die Organisation selbst ein mächtiges Zugmittel geschaffen. Es war auch in der Anfangszeit der „sozialen Reformen“ in Deutschland, als man an die Schaffung der Versicherungsgesetze ging, viel von diesem Problem die Rede, ebenso wie auch von der Wittwen- und Waisenversorgung im Zusammenhang mit der sogenannten Invaliditäts- und Altersversicherung. Aber gethan hat das Reich auf diesem Gebiete nichts. Und es kommt uns so vor, als ob, im Interesse der Arbeiter, das Reich gut daran gethan hätte, die Finger davon zu lassen, denn schließlich wäre doch nichts weiter dabei herausgekommen als ein verpfusches Gesetz zu den bereits vorhandenen derartigen Gesetzgebungsprodukten.

Da stand, wie gesagt, Herr Leopold Sonnemann auf, machte sich an's Werk und legte den Seinen den Entwurf eines Gesetzes vor, auf Grund dessen die Gemeinden, wenigstens die größeren Stadtgemeinden, das schwierige Werk vollbringen sollten. Da wir dasselbe einer weiteren Besprechung unterziehen, wollen wir uns den Wortlaut des Sonnemann'schen Entwurfes ansehen. Wir referieren dabei nach der „Sozialen Praxis, Zentralblatt für Sozialpolitik“, welche das Elaborat in ihrer Nr. 4 publiziert.

Hier der Wortlaut:

1. Es ist der Erlaß eines Reichsgesetzes im Reichstage zu beantragen, durch welches die Gemeinden von 10 000 Einwohnern oder mehr ermächtigt werden, folktativ auf Grund eines Beschlusses der Gemeindebehörden Anstalten für die Versicherung gegen unbeschäftigte Arbeitslosigkeit zu errichten. Mit Genehmigung der Justizbehörden können auch kleinere Gemeinden oder mehrere Gemeinden zusammen die Errichtung solcher Anstalten beschließen. — 2. Die Versicherten

stad in zwei Klassen getheilt: I. alle diejenigen Klassen von Fabrik- und Bergarbeitern, sowie Handwerksgesellen und Ladenarbeitern, bei welchen die Arbeitsfähigkeit nicht eine abjährlich zu gewisser Jahreszeit wiederlebende ist; II. alle Erde-, Bau- und überhaupt solche Arbeiter, bei welchen die vorübergehende Arbeitslosigkeit eine Folge der Jahreszeit ist und in der Natur des Gewerbes begründet ist. — 3. Jede dieser beiden Klassen ist in drei Stufen nach der Lohnhöhe eingeteilt. Die erste Stufe umfaßt die Arbeiter, deren Wochenlohn nicht höher als 15  $\text{M}$ ; die zweite Stufe dieselben Arbeiter, deren Lohn nicht höher ist als 24  $\text{M}$ ; die dritte alle diesenigen Arbeiter, deren Wochenlohn 24  $\text{M}$  übersteigt.

4. Die Anstalten werden dotirt: a) durch obligatorische Beiträge der Arbeiter, b) durch obligatorische Beiträge der Arbeitgeber, c) durch Übernahme der Verwaltungskosten und Zuschüsse von Seiten der Kommunen, d) durch Zuwendungen der Einzestaaten. — 5. Befreit von dem Beitrag zur Kasse sind alle Arbeiter, welche einen Jahreslohn von 2000  $\text{M}$  nachweisen, sowie alle diejenigen Arbeiter, die einer freiwilligen Verbindung angehören, von der sie im Falle der Arbeitslosigkeit mindestens die gleichen Bezüge erhalten, wie von der kommunalen Kasse. — 6. Es bleibt den Säugungen einer Anstalt vorbehalten, den weiblichen Personen den Betritt zur Kasse zu gestatten oder für dieselben den Betritt obligatorisch zu machen. — 7. Die von den Arbeitern zu zahlende Versicherungsprämie darf nicht übersteigen:

- |             |                                  |
|-------------|----------------------------------|
| 1. Klasse:  | 1. Stufe 15 $\text{M}$ die Woche |
|             | 2. " 25 " "                      |
|             | 3. " 35 " "                      |
| II. Klasse: | 1. Stufe 25 $\text{M}$ die Woche |
|             | 2. " 35 " "                      |
|             | 3. " 50 " "                      |

8. Die wöchentlichen Leistungen der Arbeitgeber dürfen in der I. Klasse nicht den Betrag von 10  $\text{M}$  für jeden bei ihnen beschäftigten Arbeiter und in der II. Klasse von 15  $\text{M}$  für jeden beschäftigten Arbeiter übersteigen. Von Schluss der Woche an, in welcher der Arbeiter austritt und ohne Arbeit ist, ruhen sowohl die Beiträge der Arbeiter als diejenigen der Arbeitgeber. Arbeiter, die weniger als eine Woche beschäftigt sind, haben ebensoviel Beiträge zu zahlen, wie deren Arbeitgeber. Die Beiträge der Arbeiter werden durch Lohnabzüge beeinflusst und von den Arbeitgebern einbehoben. — 9. Die Zuschüsse der Gemeinden dürfen nicht 3  $\text{M}$  für das Jahr auf jede versicherte Person der Klasse I und 4  $\frac{1}{2}$   $\text{M}$  der Klasse II übersteigen. Die Zuschüsse für Arbeiter, welche weniger als ein Jahr in Arbeit stehen, werden pro rata temporis berechnet. Außerdem trägt die Stadtgemeinde oder die zu einer Anstalt vereinigten Gemeinden die gesamten Kosten der Anstaltsverwaltung. — 10. Die Regierungen der Einzestaaten gewähren den Gemeinden Zuschüsse, welche jedoch nicht den vierten Theil der von den Gemeinden selbst geleisteten Zuschüsse zu übersteigen haben. — 11. Jedes Mitglied der Anstalt hat im Falle eingerettener Arbeitslosigkeit Anspruch auf Unterstützung. Voraussetzung der Unterstützung ist die Zahlung von mindestens 26 Wochenbeiträgen an die Kasse. Im Falle freiwilligen Austritts und im Falle von Austritt in Folge von Lohnstreitigkeiten wird keine Unterstützung gezahlt. Ferner wird keine Unterstützung gezahlt, wenn die Arbeitslosigkeit Folge von Faulheit oder Unfall ist, oder wenn der Versicherte eine ihm angebotene Arbeitsstelle ohne genügende Gründe ablehnt. — 12. Die Höhe der Unterstützungen für die beiden Klassen wird durch die Säugungen festgestellt. Sie beträgt mindestens täglich 1  $\text{M}$  und höchstens 2  $\frac{1}{2}$   $\text{M}$ . Verschaffte Arbeitnehmer erhalten höhere Unter-

stüngungen als unverherrliche. Die Unterstützung wird auch für Sonn- und Feiertage bezahlt und kann an einen Versicherten für höchstens 75 Tage im Jahre vergütet werden. — 13. Arbeitlose Versicherte, welche eine Stelle außerhalb des Versicherungsbüros annehmen, haben Anspruch auf Reiseunterstützung. — 14. Die unmittelbare Verwaltung der Anstalt wird durch einen Vorsteher geführt, welcher auf Vorschlag des Verwaltungsausschusses durch die städtischen Behörden auf die Dauer von 6 Jahren ernannt wird. Der Vorsteher erhält angemessene Bezahlung. Beurteilt wird die nötige Zahl von Hilfsarbeitern beizugeben, deren Anstellung in gleicher Weise erfolgt.

15. Der Verwaltungsausschuss besteht aus 6—12 Mitgliedern, zur Hälfte Arbeitgeber, zur Hälfte versicherungspflichtige Arbeiter. Dieselben werden in getrennter Wahl von den Bürgern des nächsten Gewerbezuges auf die Dauer von 3 Jahren erwählt. Der Vorsteher hat Sitz und Stimme im Verwaltungsausschusse. Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses erhalten für jede Sitzung eine Vergütung von 2 M. Der Verwaltungsausschuss hat die Geschäftsführung zu überwachen, die Höhe der Prämien und Unterstützungen festzustellen, die Jahresrechnung zu prüfen und je nach dem Ergebnisse derjenen Abänderungen in den Beiträgen und Unterstützungen einzutreten zu lassen. Die Jahresrechnung hat auf die Bestellung eines angemessenen Reservefonds Bedacht zu nehmen. Die Jahresrechnung und die gesamte Finanzverwaltung unterliegen der Überprüfung und Genehmigung durch die städtischen Behörden. Eine direkte Haftbarkeit der Stadtgemeinde für die Leistungen der Anstalt besteht nicht. — 16. Mit jeder Anstalt ist wenigstens ein städtischer Arbeitsnachweis zu verbinden, dessen Leitung möglichst auf gleichen Grundlagen beruhen soll, wie die Verwaltung der Versicherungsanstalt."

Das Fazit der Berathungen über diesen Entwurf war die Verweisung desselben an eine Kommission. Ob er aus derselben jemals seine Auferstehung feiern oder in ihr begraben bleiben wird, das ist eine Frage, über die wir uns eine Antwort nicht erlauben wollen. Zweifelhaft erscheint uns allerdings die Auferstehung, noch zweifelhafter eine endgültige Prüfung über den Entwurf innerhalb der Volkspartei selbst. Denn es ist ja eine solche auch in Würze der Kommissionsverweisung nicht erzielt worden. Man wurde nicht einzubilden, ob die Versicherung obligatorisch oder facultativ werden soll; man wurde nicht einzubilden, über die Frage, was unter "unverschuldet" Arbeitslosigkeit zu verstehen sei. Herr Sonnemann selbst, der Vater des "großen" Werks, sagte in letzterer Beziehung in seiner Begründung: "Die Frage, was unverschuldet Arbeitslosigkeit sei, ist sehr schwierig und im Entwurf nicht berührt; vielleicht findet der Gesetzgeber hier die richtige Präzisierung." — Diese Art Begründung, namentlich das Wörtchen "vielleicht", ist in der That kostbar. Aber Herr Sonnemann hat in einigen Bestimmungen des Entwurfs schon betont, was er unter verschuldet Arbeitslosigkeit versteht und daraus geht hervor, was an unverschuldet noch häufig bleiben würde. Es soll keine Unterstützung gezahlt werden im Falle von Ausritt aus der Arbeit in Folge von Lohnstreitigkeiten! Unverhüllt kommt der Herr Verfasser den kapitalistischen Pferdeschwanz nicht hervorkehren. Der Arbeiter darf sich nie in Lohnstreitigkeiten einzulassen, denn wenn er in Folge von solchen außer Arbeit kommt, hat er keine Arbeitslosenunterstützung zu beanspruchen. Er muss sich vielmehr von dem Herrn Unternehmer, der ihn gnädigst auszubüten beliebt, alles Mögliche holen lassen. Der "Arbeitgeber" darf ihm den Lohn drücken, ihm beliebig Abzüge machen, ihn bei der Aufforderebung bestimmt nicht rufen. — er kann und darf dagegen nicht aufzumachen, um nicht einzulassen zu werden, denn er bekommt in diesem Falle keine Unterstützung aus den von ihm selbst in der Hauptzache eingezahlten Mitteln! Sirets würden damit so ziemlich aus der Welt geschafft, denn sie entstehen in 99 von 100 Fällen aus Lohnstreitigkeiten. Eine großartigere Ge-

sellschaftsrettung, als Herr S. sie damit vollbringt, eine schwerwiegendere Unterstützung des Unternehmertums und des Unternehmer-Egoismus ist kaum mehr denkbar! Und auch die Gewerbegerichte werden bei ungeührter Auslegung und Anwendung dieses Sonnemann'schen Paragraphen in kürzer Zeit überflüssig, wofür die Stumme und Kühnemänner und Konsorten dem Herrn Verfasser und der ganzen "Volkspartei" unendlich dankbar sein würden. Denn wo zu braucht man noch Gewerbegerichte, die in der Hauptsache doch Lohnstreitigkeiten zu schlichten haben, wenn es diese selbst nicht mehr gibt, da die Arbeiter bei Strafe des Unterstützungsverlustes sich in solche nicht mehr einlassen dürfen. Diese Erfindung können Sie sich in der That patentieren lassen, Herr Sonnemann!

Ferner bekommt keine Unterstützung, wer eine ihm angebotene Arbeitsstelle ohne genügende Gründe ablehnt. Wer entscheidet darüber, ob die ablehnenden Gründe des Arbeiters "genügend" sind oder nicht? Der Verwaltungsausschuss, welcher zu gleichen Hälften aus Unternehmern und Arbeitern besteht, aber einen städtischen Beamten zum Vorsitzenden hat, wodurch wohl in den meisten Fällen eine arbeitergegnerische Majorität garantiert sein dürfte. Angenommen, einem arbeitslosen Arbeiter wird eine Stelle bei einem Meister oder Fabrikanten nachgewiesen, der ihm als ein niederrächtiger Krauter und Arbeiterschinder bekannt ist, bei dem er früher vielleicht schon gearbeitet und ihn als solches Musterexemplar kennengelernt hat. Er nimmt die Arbeit bei denselben nicht an und erhält in Folge dessen keine Unterstützung. Der Paragraph bestimmt also geradezu eine Prämierung schlechter Arbeitgeber. Der bössartige Lohnbrüder, der ungezogenste Grobian, dessen Werkstatt von den Arbeitern kontinuierlich gemieden wird, erhält durch diese Bestimmung immer wieder Arbeiter, weil derjenige, der ihm zugewiesen ist, die Stelle aber ausschlägt, keine Unterstützung erhält! Aus diesem kleinen Bilde, welches uns zeigt, was der volksparteiliche "Arbeiterfreund" als verschuldet Arbeitslosigkeit verstanden wissen will, resultiert deum auch, was er unter "unverschuldet" versteht, wenn er's auch in Würze nicht ausgeschlossen hat.

Was nun die Differenz in Bezug auf Beitrag leistung und Beileidigung am Verwaltungsausschuss zwischen Unternehmern und Arbeitern betrifft, wonach die Arbeiter weit mehr zahlen sollen als die Unternehmer, aber gleichwohl nicht dieser Mehrleistung entsprechend im Ausschuss vertreten sein sollen, so sagt hierzu selbst die "Berl. Volkszeitung", die doch stark in Protektion der Hirsch-Düncker macht und auch mit der Sonnemann'schen Volkspartei liebgängt:

"Weiter vermögen wir nicht der Bestimmung uns anzuhüllen, daß der Unternehmer geringere Beitragsprämien entrichten soll, als der Arbeiter. — — — Die ganze Arbeiterversicherung beruht auf dem unseres Erachtens durchaus zutreffenden Grundsatz, die Kosten als eine aus dem gesamten Arbeitsverhältnis entspringende Last aufzuteilen. Daher sind prinzipiell beide Kontrahenten, Unternehmer wie Arbeiter, heranzuziehen und nur ergänzend Andere. Auch der Unternehmer hat aber ein großes Interesse an der Fürsorge gegen Arbeitslosigkeit, abgesehen von dem rein humanitären als Mensch und Staatsbürger. Zeitweilig aus Bevölkerungsmangel entlassene Arbeiter belasten ihn ebenso als Steuerzahler für die Armenpflege, wie sie ihm die Möglichkeiten rauschen, leistungsfähige Arbeiter, die durch die Not der Arbeitslosigkeit ihre Fähigkeit verloren haben, wieder einzustellen im Falle des Bedarfs.

Mindestens wäre aber, sofern die Differenz bei der Prämienleistung beibehalten werden sollte, die Verwaltung der Versicherungsanstalt zu drei Viertel oder ganz in die Hände der Arbeiter selbst zu legen. Das erforderte dann die Willigkeit. Man befürchte auch nicht, daß dadurch eine zu reichliche Bewilligung von Unterstützungsgezügen einreißen würde. Eher im Gegenteil! Abgesehen von den Kautelen dagegen, die sich leicht treffen ließen, hat doch die Erfahrung überall bestätigt, daß Arbeiter selbst gegen ihre Berufsgenossen mindestens ebenso streng verfahren als Unternehmer oder Unparteiisch. Müßte man auch darauf verzichten, hier den Zusammenhang mit den Gewerbegeichten festzuhalten, was überdies wegen Zusammenfallens richterlicher und administrativer Tätigkeit, unter der die Autorität der ersten leiden könnte, seine großen Bedenken hätte, so scheue man nicht die Schwierigkeit, eigene Wahlszen zu organisieren. Man erringt so das Vertrauen der Arbeiter besser und darauf kommt sehr viel bei einem berartigen Versuch an, der doch vorbildlich für spätere Akte der Gesetzgebung sein soll."

Es wären noch diverse Punkte herauszugeisen, an Hand deren der Sonnemann'sche Entwurf abfällig zu kritisieren wäre. Doch handelt sich's für uns nicht allein darum, die gänzliche Unbrauchbarkeit desselben nachzuweisen und zu zeigen, was die Arbeiter unter Umständen sogar von der am weitesten links stehenden Bourgeoisie zu erwarten haben, sondern wir wollen auch noch mit ein paar Wörtern auf die Frage der Arbeitslosenversicherung selbst eingehen.

Das Gleiche, daß die Lohnarbeit in der kapitalistischen Gesellschaft mit sich bringt, ist auch durch das gebiegenste Versicherungssystem nicht aus der Welt zu jagen, wohl aber einigermaßen zu mildern. Das Regel selbst, die Arbeitslosigkeit, ist innerhalb der kapitalistischen Produktion nicht zu beseitigen, daher muß diese selbst besiegt und durch den Sozialismus ersetzt werden. Unter diesem Regelschluß würde der Begriff "Arbeitslosigkeit" im heutigen Sinn überhaupt nicht existieren und das Eintrittsdatum des Unikandes, daß zeitweilig erheblich weniger Arbeit zu verrichten wäre, als im Allgemeinen angenommen würde, wäre kein Liebel, sondern eine Unmöglichkeit. Da bis dahin aber noch ziemlich viel Wasser in's Meer fließen wird, so müssen wir uns — und ganz speziell innerhalb der Gewerkschaften — damit beschäftigen, in welcher Weise das schreckliche Gleid der Arbeitslosigkeit jetzt schon gewildert werden kann und was wir selbst dazu beitragen können. In allererster Linie kann diesem Gleid entgegengewirkt werden durch eine einschneidende Herabsetzung der Arbeitszeit, welche herbeizuführen die wirklichen Organisationen der Arbeiter und die Gesetzgebung zusammenwirken müssen. Ferner durch wirkliches Kooperationsrecht; was jetzt unter diesem Namen besteht, ist kaum ein Schaffen dessen, was der Arbeiter unter dem Recht der Koalition verstehten muß. Die ungefährliche Ausnutzung dieses Rechts würde nützlich zur Erhaltung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse beitragen und sehr viel "Unterstützung" überflüssig machen. Dazu fände noch eine soziale Einhaltung der Sonntagsruhe und der sonstigen hier einschlägigen Arbeiterwohnsitzbestimmungen.

Trotz alledem bliebe immer noch ein weites Feld für Versicherung gegen Arbeitslosigkeit. Wir sind keine prinzipiellen Gegner einer solchen. Nach unseren Ansichten müßte, wie wir früher schon ausgeführt haben, diese Sparte der Arbeiterversicherung ebenso wie die Versorgung der Arbeiter-Witwen und -Waisen der gänzlich unzuarbeitender,

zu zentralistischen und auf das allgemeine oder auf ein besonderes Versicherungs-Steuer-Konto zu übernehmenden Reichsversicherung einverlebt werden. Daß diese in fast allen ihren Einrichtungen ganz anders aussehen müßte, als die gegenwärtige "sozialreformatorische Wohlthat", brauchen wir heute nicht erst wiederum zu betonen.

Daran ist aber in mehr als absehbare Zeit nicht zu denken: Die Lenker des Reichswagens wollen davon nichts wissen und die Bourgeoisie erst recht sträubt sich mit Händen und Füßen gegen jede Erweiterung und Verbesserung der Arbeiterversicherung. Außerdem sind diese beiden Faktoren auch unfähig, etwas für die Arbeiter wirklich Segenbringendes zu machen.

Und was nun die Bilder betrifft, die Herr Sonnemann und seine Freunde herausgestellt haben, so haben uns dieselben den Geschmack an den bürgerlich-kommunalen Projekten gründlich verdorben.

Es bleibt deshalb nichts weiter, als, wie in so vielen andern Dingen auch, selbst Hand anzulegen. Und da sind es die Gewerkschaften, welche zugreifen müssen. Wir wissen wohl, daß die Arbeitslosenversicherung viele Gegner unter den Gewerkschaften hat und daß unter den Gründen, die gegen sie in's Feld geführt werden, sehr gewichtige sind.

Trotzdem können wir uns nicht auf den absolut ablehnenden Standpunkt stellen. Der Einwurf, daß durch Einführung einer solchen Versicherungssparte die Gewerkschaften zu bloßen Kasseinrichtungen à la Hirsch-Düncker herabgedrückt würden, zieht nicht. Wäre es so, dann müßte auch die Reiseunterstützung abgeschafft und müßten die Gewerkschaften wieder zu bloßen Streikvereinen wie zur Zeit Dr. J. B. v. Schweizer's werden. Über über diese Seiten sind wir denn doch glücklich hinaus. Die Arbeitslosenunterstützung wäre nichts weiter als eine Konsequenz und eine Ergänzung der Reiseunterstützung, eine Ergänzung für die verheiratheten Arbeiter, die nur selten von dieer Gebrauch machen, dabei aber ebenso viel Beitrag zahlen, wie die ledigen Mitglieder. Größere Opfer müßten ja gebracht werden, aber die Einrichtung würde doch zugleich ein sehr zugrätziges Propagandamittel für die Gewerkschaften werden, worüber später wohl noch des Desteren zu reden sein wird. Der Beschluss, den am 3. Oktober d. J. die Versammlung der Allgemeinen Zahnstelle unseres Verbandes in Nürnberg gefaßt hat, erscheint uns durchaus vernünftig und die dort gemachten Vorschläge erträglich. Durch die Arbeitslosenunterstützung würde die bisherige kolossale Fluktuation im Mitgliederstande eine bedeutende Einschränkung erfahren. Man bedenke u. A. auch noch, welchen gewichtigen Einfluß die Gewerkschaften durch die Arbeitslosenunterstützung auf den Arbeitsnachweis erlangen würden, den ihnen alle Gegner einschließlich selbst wohlwollender bürgerlicher Sozialreformer, gar zu gerne entreihen möchten.

Man überlege!

## Die Geschäftslage der Metall- und Maschinen-Industrie.

(Schluß.)

Die gute Geschäftslage der Maschinenindustrie ist schon festgestellt in den im ersten Artikel angeführten verschiedenen Marktberichten und sie wird auch anderweitig bestätigt. Nicht zum Mindesten geschieht dies auch durch die fortwährenden Neugründungen von Aktiengesellschaften, Erweiterung der Betriebsanlagen etc. Vor Allem erwähnenswerth ist die stetige Ausdehnung der Krupp'schen Unternehmungen, die in Essen 1895 zusammen 17 127 gegen 16 585 Arbeiter in 1894

beschäftigt, womunter 490 (475) jugendliche Arbeiter. Im Jahre 1892 hatte Krupp das Grusonwerk zu Magdeburg in Pacht genommen, es aber schon ein halbes Jahr nachher, am 1. Mai 1893, läufig erworben. Im September dieses Jahres hat nun Krupp die Schiffss- und Maschinenbauanstalt, Aktiengesellschaft „Germania“ in Berlin mit ihren Betriebsanlagen in Tegel bei Berlin und Garden bei Kiel ebenfalls pachtweise übernommen gegen Zusicherung einer Jahresdividende von 4½ Proz. an die Aktionäre, während die bisherige Durchschnittsdividende nur 3½ Proz. betrug. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 5½ Millionen Mark. Im Vertrag ist bereits Krupp das Recht des beliebigen Rückkaufs zugesichert; der Vertrag ist auf die Dauer von 25 Jahren abgeschlossen. Die „Germania“-Gesellschaft betreibt den Bau von Kriegs- und Handels Schiffen, Torpedobooten, Schiff- und Bergwerksmaschinen; das Geschäft in Tegel befasst sich nur mit der Maschinenfabrikation. Mit Übernahme der „Germania“ wird die Firma Krupp ihre Tätigkeit auf ein bisher von ihr nicht direkt betriebenes Arbeitsfeld ausdehnen. Während sie auch jetzt schon für große Schiffsmaschinen usw. eine der wichtigsten Bezugssquellen war, gedenkt sie fortan den ganzen Schiffsbau selbst zu betreiben und sie wird dies vermutlich sehr bald in größerem Umfange thun, als bisher die „Germania“. Nach einer offiziellen Mitteilung wurde schon die bisherige Gesamtproduktion der Firma Krupp an Fertigwaren aus Eisen und Stahl für 1895 auf etwa 245 000 T. beziffert. — Ein volles Armeekorps lohnarbeitender Proletärer untersteht dem Kommando Krupp's und mit Hinzurechnung der Frauen und Kinder wohl eine Bevölkerung von 100 000 Menschen. Und immer weiter streckt Krupp seine kapitalistischen Fangarme aus.

Ein gleicher Vorgang ist die Verschmelzung der Deutschen Metallpatronenfabrik in Karlsruhe, deren Aktienkapital 6 Millionen beträgt, mit der Aktiengesellschaft Ludwig Löwe & Co. in Berlin. Der Abtheilung „Deutsche Metallpatronenfabrik“, die ihr Aktienkapital von 6 auf 12 Millionen Mark erhöht hat, wird die ganze Waffenfabrikation übertragen, während das Berliner Unternehmen zur Vereinfachung der jetzt weit verzweigten Tätigkeit sich nur auf dem Gebiete der Elektrotechnik beschäftigen will. Ende September erhielt aber die Löwe-Gesellschaft in Berlin noch von Spanien einen Auftrag für 60 000 kleinkalibrige Infanteriegewehre. —

In eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde die Blei- und Silberhütte von Goldschmidt Söhne in Braubach und zwar mit einem Aktienkapital von 2 Millionen. Mit einem solchen von 1 600 000 Mark ist die Guttmann'sche Maschinenfabrik für Brauereigewerbe in Breslau in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Die Corona-Fahrradwerke vorm. Schmidt in Brandenburg gehören nun einer Aktiengesellschaft mit 430 000 M. Aktienkapital. Die Fabrik produziert pro Jahr 7000 Fahrräder. Die Bielefelder Maschinenfabrik vorm. Dürrkopf & Co., Bielefeld, hat die in Konkurs gerathenen Norddeutschen Fahrradwerke in Oldesloe läufig erworben. In Mannheim hat sich eine Gesellschaft mit 400 000 M. konstituiert zur Errichtung und zum Betrieb einer Fahrradfabrik. Esgleichen in Freiburg i. B. mit einem Aktienkapital von 300 000 M. Die Victoria-Fahrradwerke in Nürnberg produzieren im laufenden Jahre fast das Doppelte des Vorjahres. Die Maschinenbau-Aktiengesellschaft Nürnberg errichtet in Gustavsburg eine neue Waggonfabrik für eine jährliche Leistungsfähigkeit von 2000 Stück Güterwagen. Die Gesellschaft er-

richtet in Gustavsburg eine größere Zahl „Arbeiterhäuser“.

Sehen wir uns nun einmal die kapitalistischen „Erbbehaltungslöhne“ mehrerer Unternehmungen an. „Lauchhammer“, vorm. Gräfl. Einsiedel'sche Werke, machte einen Jahresgewinn von 1 456 610 M. Die österreichische Gasglühlicht-Gesellschaft in Wien machte auf das Aktienkapital von 1½ Millionen einen Brüngewinn von 2 660 000 Gulden und zahlte den Aktionären eine Dividende von — 130 Proz. d. h. auf 100 Gulden nominell, wovon vielleicht bloß 25 Gulden wirklich eingezahlt sind 130 Gulden! Das ist ein Geschäft! Im vorigen Jahre vertheilte die Gesellschaft „nur“ 80 Proz. Dividende. Umgekehrt ging es bei der Deutschen Gasglühlicht-Aktiengesellschaft in Berlin; sie zahlte im Vorjahr 130 Proz. und dieses Jahr „nur“ 100 Proz. Das Aktienkapital dieser Gesellschaft beträgt 1 737 000 M., der Brüngewinn dagegen 2 162 615 M. Man versteht das Geldscheiden in Berlin wie in Wien. Die Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte, Rosenberg (Oberpfalz), vertheilte 25 Proz. (1895: 22 Proz.) Dividenden. Der Brüngewinn betrug 1 936 977 M. (1 662 948 M.); der höhere Nebenschuh ist bereits die Folge der erhöhten Eisenpreise. Die Zeitzer Eisenegiehrei und Maschinenbaugesellschaft zahlt den Aktionären aus dem Brüngewinn von 282 196 M. (278 428 M.) wiederum 20 Proz. Dividenden wie 1895. Das Geschäft hat zur Erledigung der reichlichen Aufträge fast dauernd mit Nebenstunden arbeiten und eine Erweiterung der Werkstätten vornehmen müssen. Die Gesellschaft ist auch gegenwärtig sehr gut beschäftigt und verheißt den Aktionären auch für das laufende Jahr günstige Erfolge. Von einer Verbesserung der Arbeitsverhältnisse verlautet dagegen nichts, trotzdem nach einer Einsendung in Nr. 18 ds. Bl. wahre Hungerlöhne den Arbeitern gezahlt werden, während die Aktionäre struppenlos die fettesten Dividenden für ihr Nichtstun einstecken. Formier erhalten daselbst als höchsten Stundenlohn 28. Beim 14-tägigen Zahltag müssen sich die Arbeiter oft um Beiträge bis zu 15 M. herumstreiten. Den Lehrling muß der im Akkord arbeitende Formier selbst bezahlen. Die Lehrlinge erhalten Stundenlöhne von 7, 8 bis 10, je nach der Länge der Lehrzeit. Wie bei den Formieren ist es bei den Schlossern, Drehern, Gußpuzern usw. Die Formier müssen Morgens 5 Uhr die Arbeit beginnen. — Das ist eine im höchsten Grade verwerfliche Ausbeutung; allein was soll man von Arbeitern denken und halten, die sich solche hundemäßige Behandlung gefallen lassen? Wie jedes Volk die Regierung hat, die es verdient, so auch jeder Arbeiter die Geschäftsführung, die er verdient. Sieges Rücksat und steifer Macken würden dem Arbeiter bedeutend vorwärts helfen.

Die Metallgesellschaft in Frankfurt a. M. hat auf 6 Millionen Mark Aktienkapital 1 371 542 Mark Brüngewinn gemacht, wovon die Aktionäre 120 000 M. gleich 20 Proz. Dividenden erhielten. 18 Proz. Dividenden vertheilten: Sächsische Webstuhlfabrik vorm. Schönherr, Chemnitz; die Zittauer Maschinenfabrik und Eisengiehrei vorm. Kieseler & Co. In letzterer Fabrik bringen es bei 11stündigiger Arbeitszeit nur gelernte Maschinenschlosser auf 18—19 M. wöchentlich; die Anfangslöhne betragen für jugendliche Arbeiter 75 Pf., für erwachsene Arbeiter M. 1,50 per Tag. Die Huldschinsky'schen Güternwerke (wo?) zahlten 15 Proz. Dividenden; die Hannover'sche Maschinenbau-Aktiengesellschaft, vorm. Eggershoff 14 Prozent (10 Prozent); Westphälische Stahlwerke, Bochum 13½ (12 Proz.). Der Brüngewinn betrug 1 185 926 M. (995 297 M.). Die Gold- und Silberhütte vorm. Möller, Frankfurt

a. M. zahlte 12½ Proz. Dividende. Auf 5 Millionen Aktienkapital betrug der Brüngewinn 1 874 752 M. Die Nähmaschinenfabrik Karlsruhe vorm. Haas & Neu zahlte 12 Proz. Dividende. Aktienkapital: 700 000 Mark, Brüngewinn 201 309 M. Der Schalker Gruben- und Hüttenverein zahlt 15 Proz., Brüngewinn: 499 426 M. (453 614 M.); die Prager Eisenindustriegeellschaft vertheilt 16 Proz. Eine Dividende von 10 Proz. vertheilen: Wittener Stahlröhrenwerke, Witten a. d. Ruhr (für das halbe Jahr 1. Januar bis 1. Juli 1896); Aktiennakatoren-Fabrik, Aktiengesellschaft, Hagen-Berlin; Kapital 4½ Millionen; Brüngewinn: 664 331 M. (630 239 M.); Breslauer Aktiengesellschaft für Eisenbahn-Wagenbau, vorm. Hohmann; Nürnberger Metall- und Lackierwarenfabrik vorm. Gebr. Bing; Aktiengesellschaft Hoesch, Dortmund (1895: 5 Proz.); Maschinenfabrik Gevenbroich, Aktiengesellschaft; Gußstahlwerk in Döhlen, in welchem Werke die Stundenlöhne von 17—30 Pf. für die Arbeiter betragen. Auch die Pfälzische Nähmaschinen- und Fahrräderfabrik vorm. Stahler, Kaiserslautern, zahlte 10 Proz. — 9 Prozent zahlten: Badische Maschinenfabrik und Eisenegiehrei Durlach; Geisneider Eisenwerke Siegen; Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik vorm. Seck in Dresden. Der Schalker Gruben- und Hüttenverein zahlt 15 Proz. (7½ Proz.); die Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmaterial, Görlitz 14 Proz.; die Maschinenfabrik Kappel, Chemnitz 12 Proz.

Die Siegen-Solinger Gußstahl-Aktiengesellschaft zahlte 8½ (4½ Proz.); die Schweizerische Industriegeellschaft Neuhausen bei Schaffhausen 8½ Prozent. 8 Prozent zahlten: Katowitzer Aktiengesellschaft für Bergbau- und Eisenhüttenbetrieb; Vereinigte König- und Laurahütte (1894: 4 Proz.); auf 27 Mill. Aktienkapital beträgt der Gewinn 4 869 043 M.; ferner die Aktiengesellschaft für Fabrikation von Bronzewaren und Zinkguß Spinn in Berlin (1894: 6 Proz.); Chemnitzer Wirkwaren-Maschinenfabrik vorm. Schubert & Salzer; Berlin-Lichtenfelser Maschinenbau-Aktiengesellschaft, Berlin. 7½ Proz. vertheilen; Gußstahlwerk Witten (1894: 6½ Proz.); Märkische Maschinenbauanstalt vormals Kamp & Co., Wetter a. d. Ruhr; Emaille- und Stanzwerke vorm. Ulrich, Maifammer (Rheinpfalz). 7 Proz. zahlten: Maschinenbau-Gesellschaft, Heilbronn; Westphälische Union, Akt.-Ges. für Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie, Hannover; Armaturen- und Maschinenfabrik, A.-G., vorm. Hilpert, Nürnberg; Bochumer Verein für Bergbau- und Gußstahlfabrikation; Neiherstieg, Schiffswerke und Maschinenfabrik, Hamburg. 6 Proz. zahlen: Metallwarenfabrik Zug (Schweiz); Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. Beck & Henkel, Kassel; Kölnische Maschinenbau-Anstalt Köln; Lothringer Eisenwerke, Ahr a. d. Mosel; Würzburger Gruben- und Hüttenwerke; Hünsecker Bergbau-Aktiengesellschaft und die Maschinenfabrik Eßlingen zahlte 6½ Prozent. Esgleiche Fabrik erzielte 1 471 702 Mark Brüngewinn gegen 1 144 730 M. in 1894 bei einem Kapital von 3 800 000 M. Bestellungen liegen für 7 Mill. vor gegen 5½ Mill. in 1895.

Alle Geschäftsausschlüsse stellen ausdrücklich fest vermehrte Bestellungen, reichliche Beschäftigung, verbesserte Preise, erhöhte Umsatz und erhöhte Gewinne, günstigste Aussichten für die Ergebnisse des laufenden Geschäftsjahrs, gute Erwartungen für die weitere Zukunft. Klagen über die „Begehrlichkeit der Arbeiter“, „Unruhigstellung des Geschäfts durch Lohnerhöhungen und Streiks“, über Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen haben wir nicht gefunden, was beweist, daß sie in sehr bescheidenem Maße stattgefunden und soweit dies der

Fall, keine einschneidenden Wirkungen hatten. Einwendungen an die Arbeiter als Gratifikationen, Gewinnanteile usw. haben wir nicht gefunden, ebenso wenig Bemerkungen über die bestehenden miserablen Arbeitsverhältnisse und über die Bereitwilligkeit, dieselben zu verbessern. Das heißt: was ist, ist vernünftig; den Arbeitern Hungerlöhne, den Aktionären fette Dividenden und allen Unternehmern fette Gewinne.

### Nationaler Sozialismus.

„Nicht Kinder nur speist man mit Märchen ab“, sagt der weise Nathan; ja oft bedarf es gar nicht einer langen kluglich ausgesonnenen Fabel für große und kleine Kinder, sondern eine einfache Phrase, ein einfaches Schlagwort hilft die gewünschten Beschwichtigungsdienste eines ganzen Märchens.

Mit Worten läßt sich trefflich streiten, Mit Worten ein System bereiten, An Worte läßt sich trefflich glauben, Von einem Wort läßt sich kein Gott ranben.

Dieses altbewährte Rezept des Teufels in Goethe's Faust findet nirgends häufiger und gar oft erfolgreiche Verwendung als in der Politik.

Neuerdings hat man wieder ein solch schönes Schlagwort geprägt, das allerlei Wunder wirken soll, es lautet „Nationaler Sozialismus“. Manch einer wird sich freilich, wenn er diese Formel hört oder liest, hinter den Ohren fragen und fragen: Ja, was ist denn das nun wieder für ein Ding?

Man kannte bisher den internationalen Sozialismus, den Staatssozialismus, den sogenannten christlichen Sozialismus in seinen verschiedenartigen Spielarten, hier katholisch, dort evangelisch — aber der nationale Sozialismus ist etwas Funkelnagelneues.

Das neue Schlagwort kommt aus dem Herlager der „Jungen“ der Christlich-sozialen, die sich um den wohlmeintenden und in seiner Weise gewiß tüchtigen Friedrich Naumann schaaren. Diese Leute haben vor Kurzem ein täglich erscheinendes Blatt gegründet, „Die Zeit“, in welcher das Programm der „Bewegung“ entwidelt wird. In demselben wird erklärt, man stehe auf dem nationalen Boden, man wolle zwar nicht direkten Anschluß an die Sozialdemokratie, aber man wolle Hand in Hand mit ihr gehen. Weiter erklärt der Programmatischen: „Wir stehen auf dem Boden der Reichsverfassung und wünschen ein kräftiges Zusammenwirken der Monarchie und der Volksvertretung. Wir halten fest an der historisch gewordenen, das Privateigentum in sich schließenden Wirtschaftsordnung, innerhalb deren wir die Emporentwicklung der Arbeiterklasse wie des ländlichen Kleinbesitzes für möglich halten und verfechten werden. Als unpraktisch verwerfen wir die Illusion des radikalen Sozialismus.“

Weiter will man kämpfen für die „ungeschmälerte Erhaltung der staatsbürgerschen Rechte (da ist nicht viel zu erhalten!), gegen alle reaktionären Bestrebungen zur Erhaltung nicht mehr lebensfähiger Rechtsformen und Wirtschaftsverhältnisse. Man will das allgemeine Wahlrecht verfestigen, was wir bekanntlich noch gar nicht haben, da ein großer Theil des Volkes das Wahlrecht nicht besitzt, z. B. alle Frauen und alle Unterstützungsempfänger usw. Ferner will man, daß eine thatkräftige Sozialreform im freiheitlichen Sinne, daß innere Kolonisation in's Werk gesetzt wird unter gleichzeitiger Einschränkungen der Latinland, d. h. des Großgrundbesitzes.

Woher erwarten nun die Nationalsozialisten Truppenzug? „Die Zeit“ spricht sich auch darüber, wie sie nach apostolischem Beispiel „Menschen zu fangen“ sucht, aus: sie will gewinnen

Sozialisten, „welche mit der allgemeinen politischen Haltung der Sozialdemokratie nicht zufrieden sind“, Liberale, „welche mit nationalem Liberalismus Ernst machen wollen“, und schließlich Konservative, „welche das praktische Christentum der Hilfe und der That fördern wollen“.

Hier müssen wir der „Zeit“ denn doch ein paar Tropfen nüchternen Wassers in den süßen Hoffnungswein gießen.

An einer anderen Stelle des Artikels der „Zeit“ wird, wie wir oben sahen, erklärt, man wolle „Hand in Hand mit der Sozialdemokratie gehen, Schulter an Schulter mit ihr kämpfen“, — und hier heißt es wieder, man hoffe ihr ihre Leute abhängig zu machen. Das ist denn doch eine recht fragwürdige Bundesgeschäftsfrau! Da möchte man ja fast sagen: Beschütze mich der Himmel vor meinen Freunden! Der Spruch des Evangeliums heißt: Seid klug wie die Schlangen — er fährt aber weiter fort: und ohne Falisch wie die Läuben. Aber hier scheint denn doch „a Bißele“ Falischheit dabei zu sein!

Aber wir haben gar keine Angst, die Unzufriedenheit mit der allgemeinen Politik der Sozialdemokratie, die etwa irgendwann und irgendwo bei Sozialdemokraten vorkommen könnte, wird nicht dadurch sich manifestieren, daß die bestehenden Sozialdemokraten aus der Partei austreten und sich mit Haut und Haar Herrn Naumann und seinem nationalen Sozialismus verschreiben. Wir Sozialdemokraten pflegen unsere Unzufriedenheit immer sehr deutlich anzusprechen, aber nicht davonzulaufen. Wir sind gewöhnt, auch offene und schneidige Kritik im eigenen Hause zu üben und jollte die „allgemeine Politik der Sozialdemokratie“ Unzufriedenheit erwecken, so werden die „Unzufriedenen“ ganz genau wissen, daß nicht unter dem „nationalsozialistischen“ Banner, sondern auf den Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie der Ort ist, wo Klage geführt und begründeten Klagen Abhilfe geishaffen werden kann und soll.

Mit dem Zugrufe aus dem sozialdemokratischen Lager wird es also stark hapern. Wir sehen der Probe sehr gelassen entgegen, die Herr Naumann anstellen wird mit der magnetischen Zugkraft seines Programms!

Was seine weiteren Zugshoffnungen zunächst in Bezug auf die Konservativen anlangt, so sind wir der Meinung, daß in der wirtschaftlichen Gesellschaftssicht, welche diese Partei umschließt, der Nationalismus für praktisches Christentum der That und Hilfe nicht gar so stark ist. Was diese Sicht angeht, so gilt noch immer das Wort unseres jahrlingshaften Freundes, der vor ein paar Jahren folgendes Epigramm schrieb:

Praktische Christen zu sein, heut ist es politisches Stichwort,  
Aber der Hauptaccident liegt auf  
praktischen, scheint's  
Denn sonst reiht' ich es schwerlich  
zusammen: „Geht alle eure Hab  
Hin an die Armen!“ mich dünkt,  
praktisch erscheint es euch kaum.

Große Furcht aber scheinen die Nationalliberalen vor der neuen Strömung zu haben. Von dieser seiner Partei hat vor kurzem Herr Niemann erklärt, sie habe mehr Anspruch auf den ersten Theil ihres Namens, als auf den zweiten, sie sei nicht national als liberal. Und nun kommt eine neue „nationale“ Konkurrenzpartei, die auch noch den ersten Theil des Namens der Bessigkeiten-Männer erhalten macht: es ist zum Teufel holen! Heulen und Zähneknopfern erscheint schon darob aus den Spalten der Münchner „Allgemeinen Zeitung“. Sie legt „die schwersten Bedenken“ bezüglich des nationalen Sozialismus der Staumänner, weitentlich aus dem Grunde, weil diese den schlesischen Sieg von einem starken

Aus schwulen der radikalen Opposition im Reichstage erhoffen und ihn sich als eine Kapitulation der Regierung vor dieser Opposition vorstellen“. Das sind für einen echten Vollblut-Nationalliberalen allerdings zwei Dinge, bei deren Rassensierung einen solchen schon Ohnmacht und Krämpfe befassen! Die Münchener Allgemeine kann aber unbesorgt sein, Herr Naumann wird unter den Nationalliberalen Niemand finden, „der mit dem nationalen Liberalismus Ernst machen will!“

Ein Wehren zum Schlusß nennt die ganze nationalsoziale Zwischenmusik die Unternehmung „eines an sich gewagten Experiments auf noch gewagterem Wege“.

In nüchterner Betrachtung erweist sich die Erfindung des nationalen Sozialismus nur als eine neue Bestätigung der Thatsache, daß der Sozialismus immer mehr aufhört als Popanz betrachtet zu werden und daß damit allerdings den Politikern der Phrase vom Kaliber der Nationalliberalen eine Menge ihrer schönsten Phrasen unbrauchbar gemacht werden. Die „Allgemeine“ also bat alle Ursache zu lamentiren, wie die bekannten unglückseligen Lohgerber, denen die Felle weggeschwommen waren.

### Warum die Arbeiter sich ihren Gewerkschaften anschließen sollen.

Vom Mann, der englische Arbeitersführer und Vorsitzende der internationalen Federation der Schiffs-, Hafen- und Flußarbeiter hat sich in einem längeren Briefe über obiges Thema geäußert. Der Brief ist im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht und entnehmen wir daraus folgende Stellen:

Das Ersuchen ist nun an mich gerichtet worden, einige der Punkte zu erörtern, über welche ich in meinen Reden in den Versammlungen in Deutschland zu sprechen beabsichtigte. Diesen Wunsche will ich versuchen, in Folgedem nachzukommen. Die Lage der Arbeiter in allen Ländern ist weit entfernt davon, zufriedenstellend zu sein. In jedem Lande Europas und Amerikas gibt es eine Zahl, welche nicht im Stande ist, Beschäftigung zu erhalten, und ein großer Theil von Denjenigen, welche in Beschäftigung sind, erhält nur einen Hungerlohn.

In allen Ländern kaufen die kapitalistischen Arbeitgeber die Arbeitskraft von Männern und Frauen genau in derselben Art, wie sie Hoben, Baumwolle oder sonst einen Rohstoff kaufen, d. h. sie berüchnen immer, die größtmögliche Arbeitsleistung aus einem Arbeiter herauszuholen für denkenbar niedrigsten Lohn.

Die Ökonomie der Kapitalisten ruft nach Willigkeit, Willigkeit, Willigkeit! Und wenn in irgend einem Lande es 30 Pf. die Woche erfordern würde, einen Menschen bei normaler Gesundheit zu erhalten und der Arbeitgeber kann in Folge des gegenseitigen Unterstens von Leuten, welche ohne Beschäftigung sind, aber doch leben wollen, die Arbeit für 25 Pf. erbitten, so wird er sicher nicht mehr bezahlen als 25 Pf. die Woche.

Und nun kann durch irgend eine neue Produktionsmethode immer mehr außer Arbeit kommen, der Kampf um die Existenz intensiver wird, und dann Arbeiter, durch den Hunger gezwungen, bereit sind, ihre Arbeitskraft für 20 Pf. die Woche zu verkaufen, so wird der Arbeitgeber nicht mehr bezahlen, obgleich dies bedeuten würde, daß durch den ungenügenden Lohn den Arbeitern Jahre ihres Lebens gefürchtet würden. Wenn später die Arbeit der Freien statt Männerarbeit beansprucht werden kann für 15 Pf. die Woche, so wird man die männlichen Arbeiter sämtlich entlassen, es sei denn, daß dieselben bereit sind, auch für 15 Pf. die Woche zu arbeiten.

Die ansäuggebenden Faktoren in

allen gesetzgebenden Körperschaften der ganzen Welt sind die kapitalistischen Plutokraten, dieselben benennen die Parlemente verschiedener Länder, die Interessen des Kapitalismus aufrecht zu erhalten. Keine Hoffnung kann auf diese Gesellschaft gesetzt werden, nur in dem Verhältnis, wie sich die Arbeiter unabhängig, industriell und politisch organisieren und sich dadurch eine Machstellung erzwingen, werden ihre Interessen Berücksichtigung finden.

Es ist nicht der Fall, trotz alledem, daß durch die Arbeiter eine Verbesserung ihrer Lage erreicht werden kann. In England haben sich viele Arbeiterkategorien freiwillig organisiert in Gewerkschaften und haben standhaft gekämpft für eine höhere soziale Stellung. Anfangs dieses Jahrhunderts ließen die Arbeitgeber in England in den Mühlen und Fabriken 15 Stunden den Tag arbeiten; Kinder von 6 Jahren wurden gezwungen, diese Zeit zu arbeiten und waren der brutalsten Behandlung der Aufsichter ausgesetzt, wenn sie Zeichen von Müdigkeit zeigten. Frauen waren gezwungen, in den Minen zu arbeiten; junge Kinder wurden Tag und Nacht an der Spinnmaschine festgehalten und manchmal zu Tode gearbeitet oder totgeschlagen und keiner kam ihnen zu Hilfe, bis sich die intelligenteren und mutigeren Arbeiter entschlossen, sich zu organisieren und dieser schrecklichen Thronrei Widerstand zu leisten. Als die Arbeitgeber herausfanden, daß sie die Arbeiter nicht durch Argumente abhalten konnten, sich zu organisieren, nahmen sie ihre Zuflucht zu speziellen Gesetzen, um sie daran zu hindern, und viele wurden nach den Strafkolonien verbannt für kein anderes Verbrechen, als daß sie einer Gewerkschaft angehörten.

Die organisierten Arbeiter hielten jedoch fest an ihrer Organisation, trotz dieser Schwierigkeiten und setzten von Stufe zu Stufe mehrere Reduktionen der Arbeitszeit durch und erkämpften sich durch dasselbe Mittel, durch ihre Gewerkschaften, ebenfalls eine höhere Bezahlung für den härteren Arbeitstag, als sie früher für die lange Arbeitszeit erhielten.

Die Trade-Unions wandten ebenfalls ihre Ausweitungskraft den Kindern zu; sie begannen eine Agitation für dieselben und letzten sie während 30 Jahren fort, und es gelang ihnen allmälig die Arbeitsstunden derselben zu reduzieren. Es war zu allerhöchst die direkte Folge der Anstrengungen der Gewerkschaften, welche die Kapitalisten im Parlament zwangen, die Fabrikgesetze einzuräumen, und durch dieselben Mittel erlangten wir Gesetze zur Regulation der Bergwerke; ob nun immer die Fortschritte das Resultat waren von freien Vereinbarungen oder gelegentlich Maßnahmen, in jedem Fall wurden sie in erster Linie zu Wege gebracht durch die Organisation der Arbeiter in ihren Gewerkschaften.

Aber auch heute gibt es in Großbritannien sehr Viele, welche sich nicht organisirt haben; deren Verdienst ist denn auch verhältnismäßig gering, verglichen mit jenen, welche organisiert sind. So erhalten in Lancashire viele Baumwollarbeiter 38 Pf. die Woche, in Yorkshire erhalten dagegen Arbeiter in der Weberei, welche die gleiche Arbeit und zwar unter ganz ähnlichen Bedingungen, zu verrichten haben, nur 22 Pf. die Woche. Es gibt keine andere Erklärung für diese Thatsache als die, daß die Baumwollarbeiter gut, während die Webereiarbeiter höchstens organisiert sind. Das letzte trifft zu für die Arbeiter, welche in denselben Gewerbe in verschiedenen Theilen des Landes tiefhängt sind. Die Löhne der Meisterin variieren für dieselbe Arbeit von 25 Pf. bis zu 40 Pf. die Woche, gerade in dem Berufe insg. wie sie organisiert sind. In fast jedem Gewerbe liege ja der Nachweis fürein,

Es ist auch nicht richtig, daß die gewerkschaftliche Organisation nur für gelehrte Arbeiter und nicht auch für die ungelerten von Nutzen ist. Innerhalb der letzten Jahre haben viele Lohnende so unerwarteter ungelerner Arbeiter, welche früher 12 Stunden den Tag arbeiteten, ihre Arbeitszeit um ein Drittel reduziert, den Achttundertag eingeführt, und anstatt daß dieselben weniger Lohn erhalten als früher, erhalten sie jetzt 1 Pf. pro Tag mehr für die 8 Stunden Arbeit als sie früher für 12 Stunden erhielten. Thatsache ist, daß Leute, welche einen gelernten Beruf ausüben, sich aber nicht organisieren, beträchtlich weniger Lohn erhalten als Andere, welche als einfache Arbeiter in denselben Districten beschäftigt, aber gut organisiert sind.

Unsere ganze industrielle Erfahrung beweist sehr klar, daß seitens der Arbeiter von den Kapitalisten nicht mehr als der deutlich niedrigste Lohn erwartet werden kann und daß auch von der Gesetzgebung zu Gunsten der Arbeiter nicht mehr gethan wird als das, was die Arbeiter selbst durch die Macht ihrer Organisation die Gesetzgebung zwingen, ihnen einzuräumen.

Neben dies versuchen die Arbeitgeber jedes Landes, die Arbeiter gewohnheitsmäßig zu schreden durch den Ruf: „Ausländische Konkurrenz“. In England schreit man den Arbeitern stets und ständig in die Ohren, welch' nachtheilige Wirkungen die deutsche Konkurrenz hat, und zweifellos werden Eure Kapitalisten das Argument englischer Konkurrenz benützen. Täglich sehen wir den industriellen Kampf zwischen allen Völkern sich mehr entwickeln; wenn wir diesen Schwierigkeiten nicht durch eine internationale Verbindung begegnen, müssen die Zustände anstatt besser, stets schlechter und schlechter werden. —

### Aus Österreich.

Über die Lage der Bauschlosser in Wien wird dem „Oesterr. Metallarbeiter“ geschrieben:

Die kapitalistische Produktionsweise bringt es naturgemäß mit sich, daß überall dort, wo durch technische Einrichtungen und Verbesserungen der Werkzeuge die Erzeugung von Produkten sich lohnt, die Sicht nach Mehrwert immer mehr um sich greift. Eine Folge dieser Sicht ist unstreitig die Arbeitsheilung, durch welche der qualifizierte Arbeiter immer mehr überflüssig gemacht wird. Eine weitere Folge der Arbeitsheilung ist selbstverständlich die schlechte Ausbildung der Lehrlinge. Vor etwa 30 oder 40 Jahren war es noch möglich, aus dem Lehrling einen tüchtigen Schlosser gehilfen zu bilden, weil eben der Lehrherr auf die Handarbeit angewiesen war und in Folge des Bruttowesens auf die Ausbildung der Lehrlinge größeres Gewicht gelegt wurde. Unsere heutigen Büffler betrachten den Lehrling als ein Mittel, um ihre wackelige Existenz fortzuführen. Eine große Anzahl neugewordener Lehrlinge sind ganz gut brauchbare Hausknechte, Kutscher und Diener, aber nur keine tüchtigen Schlosser, und es kommt sehr häufig vor, daß sich Meister sogar für eine solche Ausbildung noch 20, 50 und 100 fl. Lehrgeld bezahlen lassen. Es haben sich in dieser Branche selbst Branchen gebildet, und zwar ist dies dem Umstände zuzuschreiben, daß von den großen Unternehmen diejenigen Artikel, welche als nicht lohnend genug für ihre Geldsäcke betrachtet werden können, den kleinsten Meister übergeben werden. Es bestehen Scharnierbundmacher, Schubriegelmacher, Schlossmacher u. c. Wenn oben erwähnt wurde, daß die Erzeugung benannter Artikel nicht lohnend genug für den großen Fabrikanten ist, so werden wir finden, daß, wenn der kleine Meister davon leben will, dieses nur durch die maß-

loseste Ausbeutung der Arbeiter und Lehrlinge geschehen kann. Wenn man weiß, daß beispielsweise in der Branche der Scharnierbandmacher die Meister sich gegenseitig dadurch unterzukriegen trachten, daß den Kaufleuten 30, 40, und 45 Prozent Rabatt gewährt werden, so kann man sich eine Vorstellung von der Lebenslage der betreffenden Arbeiter machen. Diejenigen Meister, die über 40 Prozent hinausgehen, beschäftigen nur Lehrlinge bei einer 14- bis 16stündigen Arbeitszeit, schlechter Kost und dergleichen mehr. Die Arbeiter dieser Branche selbst verdienen jetzt bei 10- bis 12stündiger Arbeitszeit 7—11 fl. wöchentlich, und zwar in Folge des Streiks, der vor 4 Jahren in dieser Branche ausbrach, währenddem die Arbeiter vor dem Streik bei 16stündiger Arbeitszeit einen Lohn von 6 bis 10 fl. erzielen. Da aber nun seit dieser Zeit nichts in Bezug auf Verbesserung der Lage der Gehilfen geschehen ist, so kann man mit Bestimmtheit annehmen, daß größtentheils die alten Zustände wieder eingerissen sind.

Um kein Haar besser sieht es auch bei den anderen Artikelmeistern aus. Daraus ergibt sich eine einseitige, ungenügende Ausbildung des Lehrlings einerseits und, weil wir wissen, daß das Kleingewerbe nur auf den Schultern der Arbeiter und deren Kinder, der Lehrlinge, seine Existenz fristet, die grenzenlose Ausbeutung der Arbeiter und Lehrlinge andererseits. Da eine große Anzahl von Meistern nur Lehrlinge aussentet und diejenigen Meister, welche einen oder mehrere Gehilfen beschäftigen, sechs Lehrlinge halten dürfen, so finden wir, daß auf ca. 6000 Gehilfen über 4000 Lehrlinge kommen.

Wie sieht es nun in der eigentlichen Branche der Bauschlosser aus? Den größten Theil der Unternehmer bilden Kleingewerbetreibende; die meisten Betriebe befinden sich in finsternen, schlecht ventilirten Kellerwerkstätten, wo Staub,staub und Feuchtigkeit ihren permanenten Sitz aufgeschlagen haben, und weist die Krankenstatistik nach, daß die Zahl der an Lungenüberkrankheit Erkrankten im Jahre 1895 die Höhe von 144 Personen erreicht hat, wovon 86 gestorben sind. Von einer normalen Arbeitszeit kann nicht gesprochen werden. Wenn die zehnstündige Arbeitszeit in den größeren Betrieben eingeführt ist, so ist dies nur dem Eintrittender organisierten Schlosser gehilfen zu danken. Auch von einem Minimallohn können die Schlosser gehilfen nicht sprechen, weil eben die Organisation noch nicht jene Stärke erlangt hat, um in dieser Beziehung einen Vorstoß wagen zu können. Doch um einigermaßen unsere Entlohnung zu belichten, wollen wir einige Bissern sprechen lassen: Die Ausgelehrten, wenn sie nicht gleich nach dem Freiwerden auf's Pfaster geworfen werden, entlohnt man entweder durch Kost und Bett oder ohne diese Verpflegung mit 4 bis 7 fl., den älteren Arbeiter mit 5 bis 9 fl. und den jüngeren leistungsfähigen Arbeiter mit 10 bis 12 fl. Daß dieser Lohnsatz sehr Wenigen zu Theil wird, ist selbstverständlich. In den großen Fabriken ist der Stunden- und Taglohn gebräuchlich. Es gibt Taglöhne von 1,10 bis 1,60 fl. für Hilfsarbeiter, für Vorarbeiter und Partieführer von 1,50 bis 2,50 fl. aber größtentheils ist auch die menschenmordende Akkordarbeit vorherrschend.

Daß die Bauschlosser auch Saisonarbeiter sind, geht daraus hervor, daß beispielsweise die Steinmeißler und ein großer Theil der Werkstättenarbeiter über den Winter bis in's späte Frühjahr hinein arbeitslos sind. Zum Beweis dessen einige Zahlen: Im Jahre 1895 waren im Oktober, das ist der Höhepunkt der Saison, 6073 Gehilfen beschäftigt und im Februar desselben Jahres standen nur 4691 Gehilfen in Arbeit, also waren 1382 Gehilfen arbeitslos.

Wir finden eine fünfmonatige Arbeitslosigkeit in der strengen, kalten Jahreszeit, wo die Bedürfnisse des Menschen in Bezug auf Kleidung, Heizmaterial, Licht und dergleichen mehr sich in erhöhtem Maße steigern. Ein Dritttheil der Schlosser gehilfen ist jährlich arbeitslos; welches Glück, welche Not diese Bissern bergen, ist schwer zu schildern. Daß die Lage der Schlosser gehilfen sehr schlecht ist, beweisen auch die 2247 Erkrankungen mit 39 249 Krankheitstagen im Jahre 1895, wovon auf die im Jahre 1875 Geborenen, also größtentheils junge Gehilfen, welche in der Lehrzeit ihren ganzen Lebenssaft lassen mußten, 202 Erkrankungen mit 3437 Krankheitstagen kommen. Wenn wir noch in Betracht ziehen, daß es Fabrikanten gibt, die den Hilfsarbeiter bei anstrengender Arbeit 60 und 70 Kreuzer täglich bezahlen, so können bei dieser Entlohnung die betreffenden Arbeiter nicht gesund und kräftig sein und sind in Folge dessen widerstandslos gegenüber den auf sie einstürmenden Krankheiten, welchen sie sich ergeben müssen. Was die Unfälle anbelangt, welchen unsere Kollegen ausgesetzt sind, obwohl, um mit Herrn Lednicka, dem berühmten Reitter des Kleingewerbes, zu sprechen, keine Unfälle im Kleingewerbe vorkommen, so sind in unserer Branche im Jahre 1895 an Quetschungen, Zerreißungen, Knochenbrüchen und Verrenkungen 409 Fälle vorgekommen.

Aus all dem in kurzen Zügen Angeführten geht deutlich hervor, daß die Lage der Schlosser gehilfen eine miserable ist. Das haben wir erkannt, und deshalb ist es unsere heiligste Pflicht, diese Erkenntniß allen unseren Kollegen beizubringen, die Köpfe der Gehilfen endlich einmal zu öffnen und den ganzen Wust von Vorurtheilen heranzureißen. Es würde sich schon längst etwas machen lassen, betreffend Regelung der Arbeitsverhältnisse, wenn nicht auch das Gefühl des Rastengetriebes und der leider sehr lange Zopf vorherrschend wären.

### Bericht über die Agitationstour in den Provinzen Sachsen und Brandenburg im Oktober 1896.

**Gotha.** Die Mitgliederversammlung war den Verhältnissen entsprechend gut besucht. Die den Vortrage folgende Beiprechnung der Arbeits- und sanitären Verhältnisse förderte so große Unzufriedenheit auf, daß die Kottbusser Kollegen in einem besonderen Artikel in der "D. M.-Z." den Kottbusser Herrn Gewerkeinspektor darauf aufmerksam machen wollten. Auch die Lehrlingszüchterei, die dort in einigen Betrieben geübt wird, wurde eingehend erörtert und sollen auch darüber Veröffentlichungen erfolgen.

**Forst.** Öffentliche Versammlung. Trotzdem die Kottbusser Unternehmer den Arbeitern durch die nach und nach stattfindenden Entlassungen solcher Arbeiter, die sich am großen Textilarbeiterstreit beteiligt hatten, zeigen, wie notwendig die Organisation der Arbeiter ist, war der große Saal doch nur knapp zur Hälfte besetzt. In der Diskussion wurde kritisiert, daß in einigen Fabriken die sanitären Verhältnisse besonders schlechte seien. Bezüglich der Arbeitsverhältnisse wurde hervorgehoben, daß verheirathete Arbeiter oft mit einem Stundenlohn von 13—14 fl. abgesetzt würden.

**Muskaus (Neula).** Wie überall, wo einige große Unternehmer dominieren und die ganze Bevölkerung von ihnen abhängt, ist auch hier noch kein Saal zu Versammlungen zu erlangen. Trotzdem wird die Organisation zunehmen. Die große Masse der niedrig gelöbten Fabrikarbeiter, die oft Löhne von 8—10 fl. pro Woche beziehen, hat nur noch Interesse für den Fussel. Diese Leute fragen auch nichts nach der Organisation; sie sind dafür freilich das willige Ausbeutungsmaterial für die Unternehmer. Dagegen sind die besser bezahlten Arbeiter weit Mitglied ihrer Gewerkschaft.

**Göttingen.** Die öffentliche Versammlung war schwach besucht, ca. in fast allen Wohnungen bis 9 und 10 Uhr abends gearbeitet wird.

**Hirschberg.** Gut besuchte öffentliche Versammlung, zu welcher das freisinnige Blättchen "Der Bote aus dem Kiesengeb." dodtura Propaganda machte, daß er die dort in Hirschberg und Ilverstedt stark vertretenen Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften vor dem Besuch dieser Versammlung warnte, die

jedoch trotz dieser Warnung erschienen. (Siehe Bericht in Nr. 44 d. Bl.) Auch in Schmiedeberg wird eine große Zahl von Metallarbeiter beschäftigt und werden es sich die Hirschberger Kollegen zur Aufgabe machen, auch dort eine Zählstelle unserer Organisation zu errichten.

**Alt-Wasser-Waldenburg.** Obwohl hier Tausende in den verschiedensten Industrien beschäftigt werden, sind Säle von den Wirthen nicht zu erlangen, weil sie behördliche Sichererien fürchten.

**Freiburg i. Schlesien.** Hier blüht die Uhrenfabrikation und werden ca. 1000 Arbeiter in derselben beschäftigt, doch ist es den Arbeitern nicht möglich einen Saal zu Vermietungen in Freiburg selbst zu erlangen. Die öffentliche Metallarbeiterversammlung mußte deshalb in einem Dorfe, ca. 1½ Stunden entfernt, abgehalten werden, und war diese trotzdem gut besucht. Zu der Diskussion wurde betont, daß einzelne Unternehmer, die nicht darauf sehen, ob ihre Arbeiter irgend einer Organisation angehören, von anderen profitableren beeinflußt werden zur Entlassung ihrer organisierten Arbeiter.

**Breslau.** Öffentliche Versammlung nur schwach besucht, es fehlten besonders die Klempner.

**Krieg.** In Folge der Saalabtreiberei durch Hirsch-Duncker'sche und Polizeibeamte steht da ein Saal nicht zur Verfügung, da dem betr. Wirth die Abhaltung von Tanzmusiken unmöglich wäre. Die Plakatafeln dürfen von unseren Kollegen zu öffentlichen Bekanntmachungen bei Versammlungen etc. auch nicht benutzt werden, denn die Polizeibehörde verweigert die Erlaubnis dazu. Da ist es denn kein Wunder, daß von den ca. 400 Metallarbeitern am Orte nur eine geringe Zahl organisiert ist. Die Herren Hirsch-Dunckerauer, die alles thun können was uns versagt ist, sind jedoch nur in Höhe von 50 Mitgliedern aller Gewerbe vertreten; sie denunzieren unsere Leute den Unternehmern als sogen. Rotke. Daß unter diesen Umständen Löhne von 1,60 bis 2,20 täglich für eine 11stündige Arbeitszeit möglich sind, ist klar. Als hoher Lohn und guter Verdienst gilt es schön, wenn ein Arbeiter 2½ 50 fl. täglich verdient. Es bedarf hier also zunächst einmal tüchtiger Arbeit, um die Würde der Wirth vor der Polizei zu vermindern, damit wir einen Saal bekommen; dann geht es auch hier vorwärts.

**Beuthen, Oberschlesien.** Auch hier wieder das alte Bild — aus Furcht vor den Behörden gibt kein Wirth seinen Saal zu einer Versammlung. Die Aufgaben der dortigen Polizeibeamten wurden dem Beauftragten auch dadurch recht klar gemacht, daß er fast unausgesetzt sich der lebenswürdigen Begleitung eines Herrn Schödel zu erstrecken hatte, trotzdem dieser Herr absolut keine Fähigung besitzt, "in Civil zu arbeiten".

Die Generalkommission hat in jenem Winde Deutschlands, wo die großen Unternehmerprofite von den bedürftigsten Arbeitern erarbeitet werden, ein Gewerkschaftsbureau errichtet. Das Bureau ist nun freilich den Unternehmern und der Behörde ein Dorn im Auge. Um die "geheimnisvollen" Dinge, die sich im Bureau abspielen, zu erfahren, verschwählen es einzelne Beamte sogar nicht, Abends dem Bureauverwalter durch die Fenster in seine Wohnung zu gucken. Daß die Unternehmer an einem derartigen Verhalten der Polizei den Arbeitern gegenüber ihre reelle Freude haben, ist klar und erfreut sich deshalb der Verein der Amtssergeanten auch einer besonderen Unternehmer-Protection. In einer Versammlung dieses Vereins, der vermutlich seine Mitgliederliste der Behörde nicht einreicht, weil er gar kein "politischer Verein" ist, hielt vor Kurzem ein Unternehmer einen Vortrag und bemerkte dabei, daß die Herren Amtssergeanten ihre eigenlichen Aufgaben in der Bekämpfung der Sozialdemokratie zu suchen hätten. Selbstverständlich stimmten befallzollend die Herren Amtssergeanten diesen Ausführungen zu, und das konnten sie unumkehrbar, als dieser Vortrag ballende Unternehmer ihnen fogleich 100 fl. für ihre Sterbekasse spendete. — Wie sich die Presse — das Extratheft der öffentlichen Meinung — im Interesse der dortigen Dividenbünder profitiert, möge unschlechtere Notiz erweisen: "Selt etwa ekt Tagen werden hier selbst auf den Straßen sozialdemokratische Flugblätter vertheilt. Der hiesigen Polizei gelang es am Sonntag Nachmittag, einen solchen Flieger in der Peripherie am 1. August et. nach hierher zugezogenen, auf der Leipzigerstraße Nr. 3 wohnhaften Tischlergesellen Kolodziej abzufassen. Die Flugblätter sind in Hamburg gedruckt und werden durch dieselben direkt die Arbeiter gegen die Beamten aufgehetzt."

Diese "sozialdemokratischen Flugblätter" wurden nun nicht, wie angegeben, "auf den Straßen vertheilt", und außerdem sind sie von der Generalkommission der Gewerkschaften herausgegeben worden, um die Arbeiter zur Gewerkschaftsorganisation herauszuziehen. Aber scheiden müssen diese Presse-

losalen so, weil sonst die Absätze von den Tischen der Herren Gruben- und Hüttenbarone spärlicher sind.

Auch nachstehende Notiz zeigt uns das Bestreben der Breitlosalen, den Schlechtküntern zu gefallen: "Obwohl die sozialdemokratischen Hänftlinge längst eingezogen haben könnten, daß die religiös und patriotisch gesinnten Arbeiter unseres Industriebezirks für ihre Freiheit nicht zu haben sind, machen sie von Zeit zu Zeit doch immer wieder Versuche, hier Anhänger zu werben. Gegenwärtig betreiben sie ihre Wühltreter hauptsächlich von Königshütte aus. Zwei Verführte, der Hüttenarbeiter Julius Gamell und der Tischlergeselle Kolodziej, die sich zur Verbreitung sozialdemokratischer Schriften hatten verleiten lassen, sind verhaftet worden."

— Aber vorwärts wird es mit unserer Organisation, den behördlichen Maßnahmen, den Sichererien der Prese und den Maßregelungen durch die Unternehmer zum Trog doch gehen.

**Viegnitz.** Mitgliederversammlung gut besucht. Beklagt wurde auch hier, daß keine Säle zu größeren Versammlungen zu haben sind. Auch die Thätigkeit der Hirsch-Duncker'schen fand genügende "Beschäftigung". So berief sich der Fabrikant Fritzsche auf die niedrigen Löhne der Hirsch-Duncker'schen und erklärte den Arbeitern, die um höhere Löhne vorstellig wurden: "Wenn die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereiner für die niedrigen Preise arbeiten können, können sie in der andern Organisation das auch." Da gibt uns nun ein Unternehmer die Bestätigung, daß die Hirsch-Duncker'schen "artige Kinder" sind, die mit niedrigen Löhnen sich zufrieden geben. Wie man sieht, eben die Hirsch'schen also eine recht erfolgreiche Thätigkeit aus für die Besserstellung der Lage der Arbeiter. —

**Hahnau.** Versammlung fand in Folge Saalmangels nicht statt. Auch hier bildet sich die Hirsch-Duncker'schen ein, durch Bekämpfung unserer Organisation der Welt einen guten Dienst zu leisten. Sie geben sogar so weit, daß sie die Errichtung eines Kinderheims ihrer Agitation und Thätigkeit zuschreiben, obwohl dasselbe von Unternehmer im Interesse der Unternehmer geschaffen ist, damit die Frauen der Arbeiter auch in die Fabrik gehen können. Sie rühmen sich also dummerweise damit, ohne in ihrer Beschränktheit zu fühlen, daß sie sich und ihrer Thätigkeit eine klatschende Öffnungsversiegelung.

**Bunzlau.** Öffentliche Versammlung nur mäßig besucht, und von diesen Besuchern noch ein Theil von anderen Gewerben. Hier ist es Sache des Ortsvorstandes unserer Organisation, durch unausgelesete Agitation, durch fleißiges Arbeiten Mitglieder heranzuholen, sonst werden auch noch die wenigen vorhandenen verloren gehen. Also nicht die Hände in den Schoß legen. Hilfe haben die Metallarbeiter in diesen Dingen von verschiedenen Seiten; also nur frisch gearbeitet.

In Sagan und Glogau gab es kein Lokal zu einer Versammlung.

**Neusalza-S. O.** Die öffentliche Metallarbeiterversammlung war gut besucht. Buder selben hatten die Hirsch-Duncker'schen ihre besten Pferde aus dem Stall geholt; und der Erfolg derselben? Mit allen gegen eine Stimme — die andern Gegner beteiligten sich an der Abstimmung nicht — wurde beschlossen, nur einer Organisation beizutreten, die auf dem Boden der modernen Arbeitersbewegung steht. Beweisenswert ist noch, daß die Hirsch-Duncker'schen vom Ortsverein der Lederarbeiter (Schuhmacher) dadurch Mitglieder zu gewinnen suchen, daß sie den unorganisierten Arbeitern vorreden, daß Bebel diesen Ortsverein, resp. den Gewerksverein gegründet habe, und die sogenannten modernen Gewerkschaften von Bebel bekämpft würden; das seien lauter "Unabhängige" usw. Zum Schlus sei auch hier noch die Thatache erwähnt, daß der Vorsitzende des Ortsvereins der Metallarbeiter, Herr Steimers, seinen Freunden in Neusalza den Saal im "Gasthof zur Eisenbahn" abtrieb.

**Grüneberg.** Auch hier wegen Saalverweigerung und Abtreiberei Versammlung unmöglich, obwohl hier ca. 12 000 Arbeiter in allen Industrien zusammen bestätigt werden. Die Gastwirthe fürchten auch Sichererien mit der Behörde und diesen, die ihren Saal hergeben möchten, können auch nicht, weil sie auf ihrem Grundstück vielleicht Hypotheken auskreuz- oder stadtischen Geldern stehen haben und befürchten müssen, daß bei einer eb. Hergabe ihres Saales ihnen die Gelde verhindert würden. — In der Brückenbau- und Waggonfabrik von Bebel haben die Herren Meister zu besiegeln und werden deshalb häufig Arbeiter der geringsten Vergangen wegen oder auch schon dann, wenn sie nur im Gerüse einer etwas oppositionellen Meinung stehen, entlassen, so daß der Fabrikhaber des Dampfers auf Beschwerde der Arbeitnehmer direkt Befehl geben mußte zur Wiedereinstellung der Entlassenen. Grüneberg, die im Verhältnis industriereicher Stadt Schlesien, in das Kradro der Unternehmerprotektion und niedrigen

Löhne. So verdiente ein erwachsener Textilarbeiter in der englischen Wollwarenfabrik in der Woche vom 19./10 bis 24./10 1896, also fünf feste volle Arbeitstage, ganze 1,01 £. Nun darf der Leser aber gar nicht glauben, daß dieser riesenmäßige Verdienst beim Betreffenden auch ausgezahlt worden ist. O nein! Davon zog die Fabrikleitung zunächst ab: 30 Pf für ein Loch in der Kette, 50 Pf für die Reparatur des Loches, 20 Pf Beitrag zur Krankenkasse und Alters- und Invaliditätsversicherung, also 1 Pf Abzug, und nun deute man sich in die Lage des armen Teufels — der Unternehmer zahlte ihm für seine sechzigjährige Arbeitsleistung noch den einen Pfennig Lohn aus. — Ein verheiratheter Arbeiter verdiente in derselben Woche ganze 2,50 £. Aber auch das schien dem Unternehmer noch zu viel. Es wurde diesem Familienvater deshalb für einen geringen Fehler an seiner Arbeit, den er nicht schnell ausbessern konnte, 1 £ als Strafe abgezogen, so daß er für die nächste Woche ganze 1,50 £ Lohn zum Unterhalt seiner Familie verwenden konnte.

Guben. Trotzdem hier ein schöner Saal bei Arbeitern zur Verfügung steht und die Kollegen auch alles gethan haben, um einen guten Besuch der Versammlung herzeführen, herrscht unter den dortigen Arbeitern ein unglaublicher Indifferenzismus — die Versammlung war so schwach besucht, daß sie gar nicht erst eröffnet wurde. Diesem Skandal gegenüber könnte man beinahe zu der Überzeugung kommen, daß es den Gubener Metallarbeitern außerordentlich wohl gehe, wenn die niedrigen Löhne und die schlechte Behandlung der Arbeiter nicht jeden denkenden Menschen vom Gegenstand überzeugten. Nicht umsofort ist der schlesische Arbeiter in Deutschland seiner Bedürfnislosigkeit wegen verschrien. (Guben liegt ja zwar nicht mehr im eigentlichen Schlesien, aber auch nicht weit davon.) Die Furcht vor Maßregelung kann es auch nicht allein sein, welche die dort in der Eisenbahnwerkstatt und bei andern Unternehmen beschäftigten Arbeiter abhält vom Beitritt zur Organisation. Die verfluchte Bedürfnislosigkeit trägt ein gut Theil dazu bei. Die dortigen Kollegen sollten sich an den Kollegen in Gassen ein Beispiel nehmen.

Gassen. Gut besuchte öffentliche Versammlung. Die dortigen Kollegen sind sehr rührig. Der Kuriosität wegen wollen wir die Bescheinigung über die Versammlungsanmeldung dem Vorsteher nach mittheilen, die unserem Beauftragten zugestellt wurde: "Dem Renteinempfänger Herrn W.... hier wird bescheinigt, daß er die am Montag, den 26. Oktober er., Abends 8 Uhr, im hiesigen Schützenhaussaale stattfindende öffentliche Metallarbeiterversammlung rechtzeitig angemeldet hat. Gassen, den 22. Oktober 1896. (S.-Nr. 1824) Die Polizeiverwaltung: ges. Weber, Bürgermeister." — Wir erlauben uns nun dazu die höfliche Frage an den Herrn Bürgermeister Weber, was ihn dazu veranlaßt hat, den „Unternehmer“ der Versammlung als „Renteinempfänger“ zu bezeichnen. Aus dem Vereinsgesetz, glauben wir, wird der Herr Bürgermeister von Gassen schwerlich diese Bezeichnung des Einberufers der Versammlung herleiten können. Der Einberufer der Versammlung könne sich mit Recht über diese Bezeichnung verlegen fühlen. Denn wenn der Einberufer den Spiegel umdrehen würde, würde der Herr Bürgermeister sich auf alle Fälle beleidigt fühlen, denn bei ihm trifft zu, daß er als personifizierter Major, wenn auch nicht Rente, so doch Rentier empfängt.

Wie wir unsern Bericht schließen, müssen wir uns noch ein wenig mit den Herren von Hirsh-Düncker beschäftigen. Die Herren zerdrücken sich in einer Runde des „Generalverein“ den Stoff darüber, daß der „zielbewußte“ Metallarbeiter-Verband für eine Agitationssitzung des Generalverbandes aus Berlin weggeworfenes Geld ausgegeben habe, weil nur vier Versammlungen abgehalten worden seien. — Begreifen denn die superlungen übergesetzten Herren gar nicht, daß man, auch ohne Versammlungen abzuhalten, doch für eine Sache wirken kann und mitunter sogar noch mehr wie in einer Versammlung? Es wäre ja vielleicht am meisten Orten auch besser gewesen, wenn Versammlungen abhalten hätten können, aber die Herren Hirsh-Düncker sind eben in vielen Orten noch polizeilicher wie die Polizei; sie verhindern trotz ihrer angeblichen Liberalität nicht einmal das kleinliche und gehässige Mittel der Saalabtreiberei ans gegenüber.

Zum Schluß sei noch bemerkt, daß unsere Kollegen in der Provinz Schlesien besonders darauf dringen, daß den „demokratischen“ Herren in einem Flugblatt Gelegenheit gegeben wird, sich selbst erkennen zu lassen in Bezug auf Saalabtreiberei, Schmarotzerei bei den Arbeitgebern gegen Andersgesinnte u. s. w.

Berlin.

Germann Fahrer.

## Verbands-Kollegen!

### Vergest die Arbeitslosen Statistik nicht!

#### Deutscher Metallarbeiter-Verband.

##### Bekanntmachung.

Bezüglich des Beisegeldbezuges und des Übertritts der Ausländer herrscht verschiedentlich noch Unklarheit und geben wir deshalb nachstehend die diesbezüglichen Bestimmungen bekannt.

##### 1) Nebertritt.

Mitglieder ausländischer, sich zu den gleichen Grundsätzen bekennenden Organisationen können, sobald sie ihren Verpflichtungen in ihren Organisationen gerecht geworden sind und sich ordnungsgemäß angemeldet haben, ohne Entrichtung eines Beitragsgeldes gegen Abgabe ihres bisherigen Mitgliedsbuches ein Verbandsmitgliedsbuch ausgestellt erhalten und ist ihnen in dasselbe einzutragen, daß sie, je nach ihrer Zugehörigkeit, entweder vollberechtigt sind oder daß ihrer Zeit ihrer Zugehörigkeit im Verband angerechnet wird. Zum Beispiel sofern der Betreffende seiner Organisation 12 Monate und darüber angehört hat:

Inhaber trat am . . . ten . . . vom österreichischen Metallarbeiterverband als vollberechtigtes Mitglied (§ 5, 6 und 7 des Statuts) über."

Datum.

##### Unterschrift des Bevollmächtigten und Ortsstempel.

Gehörte der Betreffende weniger als 12 Monate seiner Organisation an, so wird er genau 12 Monate nach seinem Beitritt zu dieser im Deutschen Metallarbeiterverband vollberechtigt. Wenn z. B. der Nebertritt am 1. Juli erfolgt, der Betreffende aber am 1. April beitreten ist, so würde er am 1. April des folgenden Jahres vollberechtigtes Mitglied sein, und ist dementsprechend die Eintragung zu machen.

##### 2) Beisegeld.

Mitglieder ausländischer Organisationen sind nach § 5 Abs. 7 des Statuts zu behandeln, d. h. sie erhalten, sobald sie 12 Monate ihrer Organisation angehören und die letzten unserer Verbandsmitgliedern bei einer etwaigen Meile in's Ausland dieselben Rechte gewährt, Beisegeld nach Maßgabe des Verbandsstatuts. Es ist den Betreffenden zunächst ein Mitgliedsbuch und eine Beiselegitimation auszustellen und dann so wie bei den Verbandsmitgliedern zu versetzen.

Einige in der früheren Organisation vorausbezahlte Wochenbeiträge können für den Verband nicht angerechnet werden, vielmehr begiebt die Beitragspflicht zum Verband mit dem Tage der Einhandlung des Buches und sind die laufenden, sowie tiefständigen Steuern vom Beisegeld abzuziehen. Eine selbstverständliche Voraussetzung für Anstellung eines Verbandsbüches ist es, daß das Mitglied bis zum Tage der Abreise seinen Verpflichtungen in der früheren Organisation nachgekommen ist und sich abgemeldet hat.

##### \* \* \*

Wir erücker die Verwaltungen, um eine schnelle und thatkräftige Unterstützung der zahlreichen jetzt kämpfenden Kämpfe zu ermöglichen, alle irgend erheblichen Geldbedürfnisse ungehend nach hier einzuzahlen.

##### \* \* \*

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

Nr.

61542 des Schlossers Paul Neumann, geb. zu Magdeburg am 29. Jan. 1869. 81020 des Dreher Eugen Grätz, geb. zu Breslau am 1. April 1861. 91554 des Dreher Heinr. Joachim, geb. zu Dresden am 10. Mai 1877.

##### \* \* \*

Anzugeben werden nach § 3 Abs. 7a des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltung in Berlin wegen Streikbruchs:

der Schlosser Hugo Hiedemann, geb. zu Berlin am 3. März 1864; der Dreher Karl Dürck, geb. zu Braubach am 24. Febr. 1872, S.-Nr. 122194; der Klempner Gustav Grätz, geb. zu Johannisburg am 22. Dezember 1873, S.-Nr. 122188;

der Zellenhauer Otto Küchner, geb. zu Borsigwerke am 7. März 1873, S.-Nr. 124362;

der Schlosser Otto Küchner, geb. zu Guben am 24. Sept. 1862, S.-Nr. 124436;

der Schlosser Emil Szalay, geb. zu Bozen am 28. Juli 1871, S.-Nr. 124540;

der Schlosser Hermann Hause, geb. zu 2 am 2. Nov. Nr. 134260;

der Arbeiter Wilhelm Meyer, geb. zu Berlin am 21. Dez. 1871, S.-Nr. 135238;

der Schmied Alfred Niemitz, geb. zu Berlin am 15. Juli 1876, S.-Nr. 126072;

der Klempner Franz Otto, geb. zu Frankfurt a. d. O. am 6. Juni 1859, S.-Nr. 104263;

der Schlosser Georg Rojahn, geb. zu Charlottenburg am 26. Februar 1873, S.-Nr. 130039;

der Klempner Heinrich Saglowec, geb. zu Breslau am 8. April 1872, S.-Nr. 122210; der Schlosser Gustav Schulze, geb. zu Liebätz am 18. 2. 1868, S.-Nr. 124442 (?); der Klempner Georg Städtefeld, geb. zu Liegnitz am 2. Okt. 1876, S.-Nr. 122220; der Klempner Emil Suda, geb. zu Löbau am 13. März 1850, S.-Nr. 126034;

der Schlosser Hermann Wott, geb. zu Wessendorf am 11. Mai 1872, S.-Nr. 130031;

der Klempner Hermann Wunderlich, geb. zu Bärenstein am 8. Juli 1875, S.-Nr. 126040.

Auf Antrag der Verwaltung in Mühlbach wegen geflüchteter Herabdrückung der Alterspreise und Denunziation:

der Schlosser Franz Rottmann, geb. zu Groß-Gislingen am 4. Dezember 1874, S.-Nr. 66944.

Auf Antrag der Verwaltung in Sangerhausen wegen Benutzung von Mitgliedsbüchern und Beitragsmarken:

der Formier Eduard Bourheit, geb. zu Wülzen a. d. N. am 15. Mai 1868, S.-Nr. 103796.

\* \* \*

Der frühere Bevollmächtigte der Sektion der Schleifer zu Dierlohn, Th. Auferkorte, geb. am 22. Juni 1868 zu Herdecke i. Westfalen, eingetreten am 24. Mai 1896 unter Buch Nr. 117186, ist seit längerer Zeit mit Nr. 1380 Beitragsgeld durchgegangen und ersuchen wir die Ortsverwaltungen und Kollegen, falls sie bessere Adresse ermitteln, uns diese zugleich mitzutheilen.

\* \* \*

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind mir an

Theodor Werner, Stuttgart,

Hedderstraße 160,

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld verwendet ist.

Mit kollegialem Gruss

Der Vorstand.

## Korrespondenzen.

### Gelbgiecher und Gürtler.

Hamburg. D. M.-B. Mitgliederversammlung der Sektion aller in Gelbgiechern, Gürtelereien und Schleiferien beschäftigten Arbeiter am 4. November. Der Vorsitzende macht zunächst bekannt, daß die in den letzten Mitgliederversammlungen nicht genehmigte Abrechnung vom dritten Quartal nochmals revidiert worden sei und für richtig befunden werden ist. Dann folgte der Bericht von der letzten Werkstätten-Delegiertenversammlung. Es wurde gefügt, daß die Delegirten die Sitzungen so jährl. besuchen. Die Kollegen in den Werkstätten müßten mehr Druck auf ihre Delegirten ausüben, und wenn das nicht gelte, dann müßten andere gewählt werden. Eine solche Laiheit dürfe nicht unter den Kollegen eintreten. Die Institution der Werkstattdelegirten dürfe man nicht einschärfen lassen, denn man habe mit dieser Institution Erfolg erzielt. Der Antrag, die Sammellisten für die ausgesperrten Arbeiter der Firma A. Fleck & Söhne einzuziehen, fand Annahme. Die Kollegen, welche noch Kosten in Händen haben, werden erücker, dieselben so bald wie möglich abzuliefern. Nachdem noch einige Fragen und interne Angelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

### Klempner.

Hamburg. D. M.-B. Sektion der Klempner. Mitgliederversammlung am 3. November. Nach Genehmigung des Protokolls hielt Genesle Kaufmann aus Hamburg einen vorzülichen Vortrag über: "Die Kunst und das arbeitende Volk." Hierauf verließ der Kaiser die dritte Quartalsabrechnung, wonach die Verbandsklasse eine Einnahme von 712,70 M., eine Ausgabe von 185,45 M. und einen Sparbestand von 58,25 M. hatte. Die Kaiserin hatte eine Einnahme von 675,71 M., eine Ausgabe von 652,14 M. und einen Sparbestand von 23,57 M. Bei der Abrechnung vom Sommervergnügen ergab sich ein Überschuß von 37,80 M., beim Herbstvergnügen ein Defizit von 0,09 M., wobei bemerkt wurde, daß noch 50 Karten ausstehen. Dem Kollegen Brügmann wurden 30 M. besiligt.

### Metall-Arbeiter.

Berlin. In der Gußstahlfabrik, Eisen-giecherei und Fahrzeufabrik vew. Hartung, in Berlin, leben 117 Kollegen wegen willkürlicher Verlängerung der Arbeitszeit und Maßregelung der Kommissionsmitglieder, welche eine Beilegung der Differenzen auf gütlichem Wege erstreiten, die Arbeit niedergelegt. Da die Berliner Kollegen nicht gewillt sind, den Zuständigen in den Rücken zu fallen, so berufen die Unternehmer Arbeitkräfte vor außerordentlich heranziehen. Wir danken daher den Zugang von Formern,

Kernmachers, Drehern, Schlossern, Schleifern etc. streng fernzuhalten.

Berlin. Die am 1. November in Cohn's Festhalle abgehaltene Generalversammlung gab den sehr zahlreich versammelten Mitgliedern Gelegenheit, sich über die recht erfreulichen Fortschritte der Verwaltung Berlin zu informieren. Der Geschäftsbericht gab in ausführlicher Weise Auskunft über die im 3. Quartal erledigten Arbeiten, zu deren Bewältigung 5 große und 9 engere Vorstands-sitzungen erforderlich waren.

Der Geschäftsbericht ergab Folgendes: Verbandskasse: Einnahme: Kassenbestand laut letzter Abrechnung 121,45 M., Beitragsgeld zu 30 M. 144,60, Beitragsgeld zu 20 M. 6,80, Beiträge zu 29 M. 3585, Beiträge zu 5 M. 64,50. Summa 3922,35 M. Ausgabe: Beisegeld 3569 Kilometer à 2 M. 71,38 M., 45 Tage à 1 M. 45, Rechtschutz 56,50, Streikunterstützung 1513,90, Unterstützung nach § 2c 311, an die Haupfkasse eingezahnt 1000, 25 Prozent der Beiträge 912,37, mithin verblieb ein Kassenbestand von 12,30. Lokalkasse: Einzelne: 25 Prozent der Beiträge 912,37, Listen- und Markensammlungen 1166,70, Überschuß von Vorstellungen 110,40, sonstige Einnahmen 19,54, hierzu bestand vom 2. Quartal 610,65. Summa 2819,66. Ausgabe: Gehalt des Kassiers, Vergütung für Sitzungen und sonstige Entschädigungen 455, Porto und Schreibmaterial etc. 120,02, Drucksachen 45,50, Bureauunterschreitung 67,58, Vergütung an die Hilfskassirer 34,20, Zeitungskreditition 56,41, Agitation, Steuerabreiche, Flugblätter, Anzeigen etc. 341,90, diverse Ausgaben 101,05. Demnach verblieb ein Kassenbestand von 1469 M. Mitgliederbestand am 1. Juli 2439 männliche, 315 weibliche, Neuaufnahmen im 3. Quartal 482 männliche, 34 weibliche, zugereist 100, von ausländischen Vereinen übergetreten 8, durch Aufzehr der Verwaltung Schöneberg 2, abgereist 77, gestorben 2, ausgeschlossen 18. Die Verwaltung Berlin zählte demnach am Schlusse des 3. Quartals 3147 männliche und 349 weibliche, insgesamt 3496 Mitglieder. Nach Erledigung einiger auf die gegebenen Berichte bezüglichen Anfragen wurde dem Kassirer einstimmig Decharge ertheilt und für einen ausscheidenden Beisitzer eine Neuwahl vorgenommen. — Über die zur Verhandlung stehende eb. Schaffung eines Lokalfonds wird nach kurzer Debatte zur Tagesordnung übergegangen. Eine sehr eingehende Debatte entspann sich über den zu errichtenden Arbeitsnachweis. Es wird von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, daß sich immer mehr die Notwendigkeit eines gut funktionirenden Arbeitsnachweises herausstellt und werden auch mehrere dementsprechende Anträge eingebroacht, während andererseits auch wieder davor gewarnt wurde, allzu große Hoffnungen auf den Arbeitsnachweis zu legen. Wenn auch die Versammlung im Prinzip nicht gegen die Errichtung desselben war, so wurde doch beschlossen, vorläufig noch davon Abstand zu nehmen. Hierauf wurde seitens der Agitationsskommission über die Erfolge der hiesigen Agitation in verschiedenen Branchen, die durch häufige Abhaltung von Werkstattversammlungen erzielt wurden, ferner auch über die guten Erfolge in Regel berichtet. Auch in der Provinz wurde vielfach recht gut agitiert; jedoch wurde auch darüber geklagt, daß an verschiedenen Orten durch Saalabtreiberei und andere Machinationen die Abhaltung von Versammlungen unmöglich gemacht und man sich vorläufig nur darauf beschränken konnte, Verbindungen anzuknüpfen, was auch stets gelang. Nach einem kurzen Kassenbericht der Agitationskommission wird von dieser auch auf die Notwendigkeit der zu Weihnachten geplanten Bezirkskonferenz hingewiesen, während andererseits darauf aufmerksam gemacht wurde, daß nach der im nächsten Frühjahr stattfindenden Generalversammlung eine Bezirkskonferenz wohl besser am Platze wäre. Die Versammlung spricht sich denn auch gegen die geplante Konferenz aus. Die Agitationskommission wird hierauf durch Erzsch. resp. Neuwahl auf 6 Personen verstärkt. Zum Schluß wird noch eine Zusatzwahl zur Herbergskommission, sowie zur Revision der Sammellisten die Wahl dreier Beisitzer vorgenommen und sonstige Anträge erledigt.

Danzig. Die „Ostdeutschen Industrie-Werke“ (Vary & Comp.) sind auf der Suche nach Metallarbeitern aller Branchen, hauptsächlich Mettern und Stemtern. Wie wir erfahren, soll gerade Halle a. S. der Ort sein, welcher diese Arbeiter liefern soll. Wir bringen daher nachstehenden Fall zur allgemeinen Kenntnis. Auf eine Annonce in Berliner Zeitungen wiederte sich auch ein Beobachter und auf seine Anfrage bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erhielt derselbe nachstehenden Brief: „Danzig, den 21. Oktober 1896. Herrn . . . Berlin usw. Auf Ihre Öfferte vom 19. ds. Mts.theilen wir Ihnen mit, daß wir Sie mit einem Anfangslohn von 40 M. die Stunde einstellen, der sich bei zufriedenstellender

Leistung auch bis auf 45 J erhöhen kann. Jedoch wird Ihre erste Arbeit gleich ein größerer Akord sein in kleinen Hühnchen, an denen sie jedenfalls mehr verlieren werden. Ihr Eintritt müste ev. sofort erfolgen. Am Schluß der ersten Lohnwoche vergüten wir Ihnen ein Billet Berlin-Danzig IV. Cl., Wohnung können Sie nach Auswahl in der Fabrik billig bekommen, auch sind die Lebensmittel hier billiger als in Berlin. Wir erwarten Ihre telegraphische Bisage, die wir Ihnen ebenfalls vergüten werden. Hochachtend Hühnchen! Auf Grund dieses Briefes reiste unser Kollege, mit den schönsten Hoffnungen erfüllt, nach Danzig, um nur allzu schnell die traurige Erfahrung zu machen, daß das Papier sehr gebüldig ist. Denn schon gleich in den ersten Tagen wurde demselben zu verstehen gegeben, daß 40 J die Stunde ein zu hoher Lohn sei und erst nach einzigen Auseinandersetzungen erhielt er am ersten Lohnabrechnung die vereinbarten 40 J; wegen der Steuervergütung mußte er erst noch vorsteuern, worauf ihm dieselbe als Vorschuß ausgeschüttet wurde. Am Montag erhielt nun der Betreffende seine Entlassung, bei welcher ihm das Neugeld wieder abgezogen wurde. Natürlich wird die Sache vor dem Gewerbegericht entschieden werden und wird sich da herausstellen, ob den Herren das Recht zusteht, Arbeiter unter allen möglichen Versprechungen aus der Arbeit zu reißen und wenn dieselben hier auftreten und ihr Recht verlangen, ihnen dasselbe zu verweigern. Würden die Herren nur eingewahnen den Wünschen der Arbeiter bezüglich Lohn- und Arbeitsverhältnisse Rechnung tragen, so ständen ihnen Arbeitskräfte, die den Ansprüchen der „Ostdeutschen Industrie-Werke“ genügen würden, auch hier im Ueberfluß zur Verfügung. Es verlohnt sich wohl, den Kollegen Deutschlands einen Blick in dieses Eldorado zu gewähren. Es vergeht fast kein Tag, der nicht irgend eine neue Verfügung bringt oder so etwas Achuliches. Denn der technische Leiter dieses Musterbetriebes, ein 27jähriger junger Herr (wie uns mitgetheilt wird, gebüldner Russ), scheint sich im Geiste noch in seiner russischen Heimat zu befinden; die Großheit, mit welcher dieser Herr seinen Untergebenen entgegentritt, spottet jeder Beschreibung. Es würde zu weit führen, eine ganze Thatsachen hier anzuführen. Des Herrn Vorliebe für russische Zustände könnte es vielleicht noch dahin bringen, daß sich die Arbeiter der „Ostdeutschen Industrie-Werke“ ein Vorbild nehmen an den Petersburger Arbeitern. Doch mit einem guten Beispiel geht dieser junge Herr den Arbeitern voran, indem sich derselbe öfter zu Arbeiten anbietet, die man sonst dem Haustisch in den Kneipen überläßt. Der Ruf: „Kans! raus!“ und die dazu nötige Handbewegung gehört bei ihm nicht zu den Seltenheiten. — In der Fabrikordnung gibt es Strafen, Strafen und nochmals Strafen. Für 1 Minute Zusätzliche kommen — 5 J Strafe; wer es einmal aus irgend einem Grund unterläßt, seine Arbeit für einen Tag in sein Stundenbuch einzuschreiben — 50 J Strafe; oder wer auch nur vergißt, die Kommissionssummer dazu zu schreiben — 50 J Strafe u. s. v. So viel wie uns bewußt, über den Verbleib dieser Strafgelder Aufschluß zu erhalten, es ist uns nicht gelungen, irgend etwas zu erfahren und es liegt wohl im Interesse der Fabrikleitung selbst, den Arbeitern durch Anschlag dies bekannt zu machen, damit die Gerichte, welche in der Stadt kolportiert werden, ein Ende nehmen. Was die Lohnverhältnisse anbetrifft, wollen wir, um den Raum dieses Blattes nicht allzusehr in Anspruch zu nehmen, daher nur einen Fall erwähnen: Bei dem Abschließen einer Akkordarbeit erklärten die betreffenden Arbeiter, daß sie bei einem solchen Preis nicht ihren Lohn verdienen, worauf ihnen erwidert wurde, daß die Preise im Komptoir gemacht würden und wenn sie (die Arbeiter) nicht zurecht kämen, sollten sie ein paar Stunden für Werkzeugmachen anschreiben. Man bedenke die Folgen. Es bekommt ein anderer Arbeiter die betreffende Arbeit, der Preis steht fest und das kostet doch so reichlich fehlende Werkzeug ist auch gemacht, was bleibt dann den Arbeitern übrig? Entweder arbeiten und schaffen dieselben in Akkord unter ihrem Lohn oder schärfeln den Stand der „Ostdeutschen Industrie-Werke“ von ihren Stiefeln — vorausgesetzt, daß dieselben bei dem Betrieb im Besitz von Stiefeln sind. Die Folge dieser Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist ein ständiger Arbeiterwechsel. Sechs Arbeiter fangen an und 7 hören wieder auf und so sind die „Ostdeutschen Industrie-Werke“ ein Laubensitz im wahren Sinne des Wortes. Wir erinnern uns noch recht lebhaft, als am 24. Juli ds. J. die „Ostdeutschen Industrie-Werke“ in der „Danziger Zeitung“ in einer riesengroßen Ankündigung die Vorteile der in ihren Werkstätten erbauten Kessel hervorhoben und den Schutz der heimischen Industrie forderten. Beim Lesen jener Ankündigung waren wir unwillkürlich einer hohen Praeferenz vom „Schutz der nationalen Arbeit“ und sahen wir nun, daß unsere Vermutungen eingetroffen sind. Denn, während die Herren

für sich den nötigen Schutz forderten, hielten dieselben den durch seine Unsprüchlosigkeit zu einer gewissen Berühmtheit gekommenen osmanischen Arbeiter auf. Wie überhaupt die Herren über die Danziger Arbeiterschaft urtheilen, davon ein kleines Beispiel. Bei einem hier vorgekommenen Metallarbeiter erkannte sich ein Arbeiter seinem Meister gegenüber zu äußern: „Wenn die Arbeiter besser bezahlt würden, würden dieselben sich nicht so leicht daran vergreifen!“ Worauf der betreffende Arbeiter folgende Antwort bekam: „Glauben Sie das nicht, das liegt einmal in der Klasse!“ Also, ihr Danziger Arbeiter! klar und deutlich ist es ausgesprochen, eine Spieghubbenrasse seid ihr! — Am Montag, den 9. November hatten wir ein Schauspiel, welches gewiß einzig dasteht. In der Fabrik ist durch Anschlag bekannt gewacht, daß es für Außen-Montage 30 Prozent Lohnabzug gibt. 10—12 Arbeiter waren nun in Neusahnewasser bei einer größeren Arbeit beschäftigt und erhielten nach Verlauf der ersten Woche ihrer Montage 14 M pro Mann. Als die Arbeiter sich darüber beschwerten, wurde ihnen mitgetheilt, daß das Geld zur nächsten Lohnabzug berechnet würde und sie alles auf einmal befäumen. Am Sonnabend, den 7. November erhielten dieselben Arbeiter, sage und schreibe, zehn Mark pro Mann. Daraufhin kam es am Montag Früh zu einem Auftreten zwischen den Arbeitern und dem schon oben erwähnten schneidigen Herrn Oberingenieur. Unglücklicherweise war an dieser Arbeit auch ein Meistersohn beteiligt und ließ sich nun der gebildete Herr im Laufe des Wortwechsels hinreichen, den Meistersohn, einen Familienvater mit sieben Kindern, einen „schöndrigen Jungen“ zu nennen. Man denke sich auch den Kontrast: Der Vater ist in eigener Person in Halle, um tüchtige und billige Messerschmiede, Ritter und Steumer für die „Ostdeutschen Industrie-Werke“ anzuwerben und der Sohn schmeißt die Arbeit hin wegen Nichtauszahlung seines verdienten Lohnes!! — Wir denken, dies wird genügen, um den Kollegen Deutschlands einen Blick in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Firma „Ostdeutschen Industrie-Werke“ (Mazur & Co.) zu gewähren. Den uns fernstehenden Kollegen Danzigs aber rufen wir zu: Wacht auf aus Eurer Theilnahmlosigkeit und legt mit Hand an's Werk! Schließt Euch Euren Berufsvereinigungen an!

**Elmshorn (Holstein.)** In der Eisengießerei von Steen sind zwischen den Arbeitern und der Fabrikleitung Differenzen ausgebrochen. Zugang ist fernzuhalten.

**Friedberg.** In der am 7. November abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, jedem hier übernactenden Kollegen, welcher 4 Monate dem Verband angehört und sein Verbandsbuch in Ordnung hat, ein Lohnabzug von 30 J für die 6 Wintermonate zu verabreichen. Daselbe wird ausbezahlt von von J. Scholl, Lindenstr. 14, Abends von 6—7 Uhr. — Gerügt sei auch zugleich der sehr schlechte Besuch der leichten sowie der vorhergehenden Versammlungen. Es wäre doch besonders hier dringend nothwendig, daß sich die Arbeiter enger zusammenziehen und in den Mitgliederversammlungen vollzählig erscheinen würden, um sich gegenseitig zu belehren, besonders aber Uebelstände dieser Geischaften bekannt zu geben, damit man dieselben auch diskutiren und auf Abschaffung hinarbeiten kann. Einige Beispiele seien gleich angeführt. Bei einem Schlossermeister Ps. ist ein solch feines Quartier, daß Geselle und Lehrlinge auf der Bühne und unter offenem Dache schlafen müssen. Auf dem Wilhelmplatz steht eine Fabrik für Haushaltungsmaschinen. In derselben ist seit einiger Zeit ein Heizer beschäftigt, dem jede Woche 2 M als Kaution einbehalten werden, bis zum Betrage von 20 M, trotzdem in der Fabrikordnung nichts davon verzeichnet steht. Nun hatte der Arbeiter das Unglück, daß er erkrankte und während einer Zwischenzeit Krankheit starb ihm auch noch ein Kind. Der Mann bedurfte zur Deckung der Beerdigungskosten noch weiterer 5 M, welche ihm auf Ersuchen, auch von Fabrikanten gewährt wurden. Am darauffolgenden Zahltag aber wurden dem erstaunten Arbeiter diese 5 M samt den erwähnten 2 M Kaution abgezogen, so daß dem ohnehin schon unglücklichen Familienvater vor seinem länglichen Wochenlohn von M 16,50 noch M 9,50 verblieben. — In der Haushaltungsmaschinenfabrik von B. am Franzosenweg herrscht eine solch skrankenlose und willkürliche Straf-ordnung, daß es geradezu staunenerregend ist. Z. B. gilt es Strafen bis zu 3 M, auch die kleinsten Vergehen bleiben nicht ungestraft. So ist es auch leicht begreiflich, daß hier geradezu ein Denunziatentum großgezogen wird. Diese Strafseide sollen nur angeblich zu Gunsten der Arbeiter wieder verwendet werden, bis heute aber haben diese Arbeiter wenig davon verspürt; vor einigen Jahren wurde das betreffende Geld im ungezäumten Vertrag von 35 M gestohlen, ohne daß man dem Dieb auf die Spur kam, trotzdem man den Arbeitern (natürlich!) die Stiefel abnahm. — Es sind dies also nur

einige Beispiele, die aber gewiß geeignet sind, den Arbeitern die Augen zu öffnen und ihnen den Weg zu zeigen, wo sie hingehören, nämlich in die Organisation und in die Arbeiterversammlungen. Möchten dies doch einmal auch die hiesigen Arbeiter beherzigen und alle Klimbim-Bundes bei Seite setzen. **München.** Am 4. November brachten es die Hirsch-Düncker'schen über's Herz, eine öffentliche Versammlung einzuberufen mit einem Referat des Herrn Winter aus Berlin über: „Wied und Nutzen der deutschen Gewerbevereine.“ Die Versammlung war schwach besucht, abgesehen von ungefähr einem Dutzend Gewerbevereinen, bestanden die Anwesenden aus lauter Gewerkschaftlern. Die Aufführungen des Referenten waren unbedeutende, daß jedem denkenden Arbeiter es einleuchten müßte, daß der „Gewerbeverein“ nicht im Stande ist, die Interessen der Arbeiter zu wahren, sondern dieselben eher im gerechten Kampfe gegen den Kapitalismus zurückhält als unterstützt. Als der Medner den Harmoniedusel verherrlichte, wurde er durch Zwischenrufe um Thatsachen ersucht, daß die Hirsch-Düncker'schen mit ihrer Harmoniedusel schon etwas für den Arbeiter Erfreiliches erreicht hätten. Er konnte aber mit keinem Beweise dienen. Im Weiteren suchte der „Referent“ den Gewerbeverein durch das Aufzählen der Unterstützungen in ein günstiges Licht zu sehen, bezweckte aber, denselben als einen bloßen Unterstützungsverein hinzustellen. In der darauffolgenden Diskussion wurde der Medner eines Besseren belehrt, indem ein früheres Mitglied des Gewerbevereins den Beweis brachte, daß der Gewerbeverein seinen Pflichten gegen seine Mitglieder nicht gerecht nachkommt. Be treffendes Mitglied konnte in einer andern Stadt eine bessere Stelle antreten und so seine Lage verbessern, es wurden ihm aber die statutengemäßen Umzugskosten verweigert mit der Motivierung, im Orte hätte er Arbeit. Die Genossen Vorholzer und Kummer widerlegten Herrn Winter auf's Trefflichste. Letzterer kritisierte auch die katholischen Arbeitervereine, worauf der anwesende Schlosser Schirmer vom katholischen Arbeiterverein sich in heftigster Weise gegen die Gewerkschaften ausschlug, was die anwesenden Gewerkschaftler durch energische Zwischenrufe zurückwiesen. Eine eingelaufene Resolution wurde vom Vorsitzenden nicht verlesen, da der Wortlaut derselben den Hirschen nicht gepaßt hätte und dieselben ohnedies in der Minderheit vertreten waren. Diese Versammlung hatte uns wiederum gezeigt, daß die Ziele und Bestrebungen der Gewerbevereine für die Arbeiter gleich Null sind und der Arbeiter seine Interessen bloß von den auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften vertreten sieht. **Neumünster.** Wenn man sieht, wie die Metallarbeiter sich fast überall rühren und für eine Verbesserung ihrer Lebenslage streben und dann die hiesige Bewegung dagegen vergleicht, so muß man unwillkürlich zu der Ansicht kommen, es gäbe für die hiesigen Kollegen nichts, was verbessungsbürdig ist. Denn nicht nur, daß unsre Versammlungen immer schlechter und schlechter besucht werden, es verringert sich auch der Mitgliederbestand mehr und mehr. Und doch ist auch hier noch Vieles, was zu wünschen übrig läßt. Betrachten wir uns z. B. die Arbeitsverhältnisse der Firma Rohwer u. Ehlers, dessen Chef von vielen Arbeitern als arbeiterfreundlich gerühmt wird. Hier soll nun eine 10½-stündige Arbeitszeit sein, dabei ist aber noch stets im Sommer, also in der schönen Jahreszeit, länger, gewöhnlich bis 9 Uhr Abends gearbeitet worden. Wird der Geschäftsgang zum Herbst lauer, dann werden die überflüssigen Arbeitskräfte abgeschoben, wozu die Firma auch fast gezwungen ist. Denn als vergangenen Winter die Arbeitszeit auf 8 Stunden reduziert wurde, da waren es die älteren Kollegen, welche hiegen Opposition machten und es bald genug erreichten, daß die alte Arbeitszeit wieder eingesetzt wurde, gerade als ob für sie Arbeitslosigkeit niemals existieren könnte. Daß der Lohn auch nicht allzu hoch ist, erhält wohl zur Genüge daraus, daß ein Anfangslohn von 3 M als hoch gilt, in den meisten Fällen werden aber auch die Schlosser mit 2,50—2,80 M eingestellt, former mit 3 M. Darum, daß es so oder ähnlich auch in den übrigen hiesigen Fabriken und Werkstätten aussieht, ist es wohl klar, daß fast jeder danach strebt, auf der hiesigen Eisenbahn-Reparaturwerkstatt anzukommen. Ja, wer da erst arbeitet, der ist vor Allem, was es Schlechtes gilt im Leben des Arbeiters, beschützt und bewahrt — wenngleich wird es hier augenscheinlich geglättet. Datei wissen die Leiter dieser staatlichen Waffenwerkstatt aber ganz genau, daß sie ihren Arbeitern Alles bieten können, was sie wollen. Wir erinnern uns nur an die wiederholten Akkordreduzierungen, die Abschaffung der Waschzeit, daß früher des Sonnabends eine halbe Stunde eher Feierabend war und so noch Manches mehr. Ruhig liegen sich die Arbeiter diese kleinen, die Arbeit etwas er-

leichternden Annehmlichkeiten nehmend, ja sie wagten nicht einmal ihre diesbezüglichen Wünsche dem Arbeiterausschuß mitzuteilen. Wären sie organisiert, könnte hier noch Vieles gemacht werden. Darum, Metallarbeiter von Neumünster, bedenkt einmal Eure Lage und tretet dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei, und Euch, die Ihr schon organisiert seid, Euch möchten wir bitten, mehr wie bisher Eurer Pflicht, für den Verband zu agitieren und auch den Versammlungen mehr Beachtung zu schenken, nachzukommen. Namentlich möchten wir auf die nächste, am Freitag, den 27. November stattfindende Versammlung aufmerksam machen, in weicher Gelegenheit Chrishow aus Kiel einen interessanten Vortrag halten wird. **Ravensburg.** Daß der Arbeiter einzeln nichts gegen die Ausbeutung seitens des Unternehmers vermag, dafür haben wir hier am Orte so manches Beispiel. Im Juli I. J. erschienen die Gruppen der Frau Escher, Wyß & Co., welche bisher einen Stundenlohn von 30 J erhielten, ihre Arbeit im Altkord und wurde der Überschuss über den Lohnbetrag monatlich ausbezahlt. Derselbe erreichte aber im Oktober eine Höhe von, sage und schreibe: M 10,05 bei 135 Arbeitsstunden in 14 Tagen, was den Herren zu viel erschien, weshalb sie nachträglich die Preise in der Weise reduzierten, daß die Arbeiter einfach nicht mehr als ihren Stundenlohn erhielten. In dieser Sache wird das Gewerbegericht noch ein Wörtchen mitreden. In der Fischerei und Maschinenfabrik werden die Akkordsätze so willkürlich festgesetzt, daß Schwankungen von 20 bis 50 Prozent gar keine Seltenheit sind. Zum Beispiel erhält ein Arbeiter 6, der andere 8 M für ein und dasselbe Stück; ein anderes wird mit 14 und 20 M, wieder ein anderes mit 12 und 18 M bezahlt. Beschwerden hierüber werden seitens der Meister Wolff und Amann dahin beantwortet, daß dies selbstverständlich wäre, denn die Lieferungen würden auch nicht gleichmäßig bezahlt. Deshalb werden die Preise der Arbeiten nach ihrem Belieben festgesetzt. Wären die Arbeiter in gleicher Weise auf ihren Vortheil bedacht, so wären derartige Verhältnisse einfach unmöglich. Statt sich aber dem Verbande anzuschließen, sind die Elteren überall da zu finden, wo Pfaffen und Fabrikleiter die erste Geige spielen. Fremde bleiben unter solchen Verhältnissen überhaupt nicht hier; wäre letzteres nicht der Fall, dann hätte die hiesige Verwaltungsfamilie keinen so schweren Stand. Wären die hiesigen Arbeiter nicht so ausgesaugt, daß sie alles Denken verlernt haben, so könnten Ansinnen wie: „Es nützt doch nichts“, oder: „Ich bin zu alt“ gar nicht vorkommen. — Soll aber Besserung eintreten, so muß und soll jeder thätig sein und mitthelfen, auch hier eine Wendung zum Bessern zu bringen. **Wertheim.** Es ist endlich an der Zeit, daß man in unserer Zeitung auch einmal wieder von den Verhältnissen in dem schon gelegenen Wertheim etwas hört. Die Kunden sind hier so traurig, daß es bald nicht mehr möglich ist, dieselben mit ansehen zu können. Dieses sagte sich auch die hiesige Verwaltung und ließ deshalb den Kollegen Wurm von Darmstadt herkommen, um den Arbeitern einmal klar zu machen, welchen Zweck und Nutzen die gewerkschaftliche Organisation hat. Es würde zu weit führen die sehr zutreffenden Ausführungen des Kollegen Wurm, welche er in den zwei Versammlungen am 31. Oktober und 1. November nicht anführen möchte, anzuführen. Es sei hier nur gesagt, daß er den Anwesenden wie aus der Seele gesprochen hat, was auch durch den starken Beifall am Schlusse zum Ausdruck kam. Anstießend hieran wurden dann die Verhältnisse der Herdfabrik und Eisengießerei von Herrn Wilh. Krebs besprochen und wollen wir hier ein kleines Bild von dieser Fabrik geben. Das Strafsystem ist schon ziemlich ausgebildet, die geringste Kleinigkeit wird bestraft und geht die Skala von 20 J bis zu einem halben Taglohn. Man sollte nun meinen, wenn der Fabrikant so ein Ordnungsheld in seiner Fabrik ist in Bezug auf Vergehen der Arbeiter, so mögliche er auch in anderer Hinsicht, z. B. Lohnzahlung, nach Ordnung sehen. Hier hapert aber ganz gehörig. Es sind da einige Formen, welche sich die Fabrikleitung in Darmstadt bei dem dort ausgebrochenen Streik geholt hat, vertragsmäßig auf 3—4 Jahre eingestellt mit einem Tagelohn von M 3,00. Das macht per Woche M 21. Diese werden aber den Arbeitern nicht ausgezahlt, sondern sie bekommen wöchentlich 15 M abzugsfähig und alle Monate wird der Rest verrechnet. Die Arbeiter müssen also dem Herrn Fabrikanten ihr verdientes Geld einen Monat lang leisten, ehe daß es verzinnt wird. Paßt es dem Herrn in der vierten Woche nicht, so wird einfach in der fünften Woche gerechnet. Wo bleibt da die Ordnung? Mehr wie 15 M werden überhaupt nicht gegeben und trotzdem kommt es vor, daß auf Monatsbasis immer bei einer Anzahl Arbeitnehmer der Vorsprung den verdienten Lohn übersteigt. Sollte ein Arbeiter einmal in die Lage kommen, mehr Geld zu

brauchen bei Ankauf von Kartoffeln oder Kohlen (wie es thäufiglich vorkommt), so zeigt sich auch der Bildungsgrad des Herrn in Ausdrücken, die wir hier lieber nicht anführen wollen. Ein Beispiel von der Humanität des Fabrikanten wollen wir noch mittheilen. Ein Vorger. hatte bei seiner Entlassung mehr Vorsprung als er verdient hatte. Der Fabrikant bezahlt einsch. den Werkzeugkasten mit Inhalt und als er nach Verlauf von 5-6 Wochen noch nicht eingezößt war, ließ er ihn in der Fabrik versteigern. Man konnte da Werkzeug kaufen, das Stück von 2-3 an. Wir fragen nun, wer gibt dem Herrn das Recht, das Werkzeug, das ein former unbedingt haben muß, wenn er leben will, einzubehalten? (Ja, warum hat sich der betr. Arbeiter das gesetzen lassen?) Als dieser und noch einige andere Arbeiter entlassen waren, äußerte sich der Theilhaber der Fabrik in einer Wirthschaft: Die Sozialdemokraten seien jetzt dianzen, solche Deute können et nicht brauchen. Kurz vorher hatte aber Herr Greß erklärt, er sehe keine Proletarier, er sehe in seinen Arbeitern "Kollegen". — Wir wollen es hiemit vorläufig genug sein, lassen und noch ein Wort zu den Arbeitern sprechen. Kollegen! Ihr seht, daß es nicht möglich ist, unter solchen Verhältnissen zu existiren, deshalb folgt den Worten des Kollegen Wurm und organisirt Euch, um die Zustände zu bessern. Die former sind gewiß alle organisiert, darum ihr Schlosser, nehmt Euch ein Beispiel an ihnen und tretet Mann für Mann dem Verbande bei. Lest Eure Bergungsvereine bei Seite, Ihr könnet Euer Preisschen in den Versammlungen gerade so gut rauchen wie in dem Rauchklub. Also besucht regelmäßig die Mitgliederversammlungen. — Wir teilen noch mit, daß in der Versammlung am 1. November der Beschluss gefaßt wurde, die Spekte über die Herdfabrik von Kreis zu verhängen, indem der Fabrikant die Absicht hat, die gelernten Arbeiter dazu zu benutzen, ungelernte in irgend einem Artikel auszubilden, um sie dann als Preisdrucker zu gebrauchen, denn er erklärt selbst, der Guss käme ihm zu teuer, der Arbeitslohn sei "viel zu hoch". Wir appellieren deshalb an alle Metallarbeiter, hauptsächlich former und Schlosser, Wertheim mit ihrem Besuch nicht zu behohnen.

**Wurzen.** Der Zugang von Metalldrückern zur Firma Aug. Söhleman, hier, ist fernzuhalten. Besonders empfehlen wir den Leipziger Kollegen, dies zu beachten. Bericht folgt.

### Briefkasten.

**Nordhausen.** Die Ungültigkeitserklärung von Mitgliedsbüchern kann nur vom Vorstande erfolgen, dem sofort Nachricht zu geben ist, wenn ein Buch verloren u. wurde.

**Frankenthal.** Der Vertrag mit dem Vater wird besser in den Versammlungen bekannt gemacht.

**Allgemeine Frankien- u. Sterbehäse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg).**

Abschaltung der Hauptkasse pro Oktober 1896.

**Ginnahme.** Kassenbestand vom Monat September 45 549 899,08. Von Adlershof M. 100. Alsfeld 50. Alendorf 1 100. Altenhagen 100. Alte Neustadt - Magdeburg 20. Aue 100. Barndorf 150. Bergedorf 100. Bergedorf 70. Bergen i. B. 60. Berlin I 300. Berlin II 800. Berlin III 800. Berlin IV 400. Berlin V 150. Berlin VI 200. Berlin VII 400. Berlin VIII 300. Berlin IX 400. Bracke a. B. 50. Bischheim 80. Bochum 100. Bremerhaven 150. Breslau 650. Bückau 400. Bünde 60. Cannstatt 200. Cassel 300. Charlottenburg 200. Chemnitz 200. Cöln-Nord 100. Cöln-Süd 200. Cöln-Wertheim 70. Cotta 100. Darmstadt 200. Dierendorf 400. Düsseldorf 200. Deuben 150. Denk 300. Döbeln 60. Doos 100. Dortmund 235. Dresden-Neustadt 200. Duisburg 200. Düsseldorf 100. Ederforde 21. Ehrenfeld 300. Elpe 200. Elbing 210. Elster 200. Erfurt 100. Egen a. d. R. 150. Erlangen 300. Flensburg 200. Flinger 40. Frankenthal 275. Fürth 300. Fürstenwalde 200. Geisenhoven 150. Georgensgmünd 50. Gerresheim 100. Girldingen 300. Grünau (Schwäbisch) 200. Gorbitz 100. Grafenberg 100. Groß-Auehne 300. Güthen 80. Hagen i. R. 150. Hagen 100. Halle a. S. 700. Hamm i. R. 200. Hanau 700. Hattingen 100. Hemelingen 140. Hildesheim 80. Hochfeld 200. Höherberg 100. Huderde 50. Huissern 100. Kalk 400. Karlstraße i. B. 300. Kiel 100. Königswberg 400. Körtingsdorf 100. Landesberg a. d. R. 50. Lehe 100. Leipzig 200. Linden 200. Löbtau 400. Mannheim 400. Meissen 100. Mühlhausen i. Th. 200. Mühlheim a. R. 150. Münster 1000. Nürnberg-Gladbach 100.

Hickman 200. Niße 60. Neuk 150. Niederrad 250. Niederschönweide 50. Nippes 150. Nowawes-Neudorf 100. Nürnberg 1800. Oberbill 300. Oberhausen II 100. Oberraab 260. Ohringen 60. Offenbach a. M. 600. Ohle 40. Olpe 60. Osnabrück 200. Peltre 50. Plagwitz 400. Poischappel 100. Quedlinburg 100. Radbeberg 70. Radbeul 200. Randerbacher 100. Regensburg 150. Reichenbach 50. Reidsburg 100. Rigdorf 200. Rothenburg a. T. 200. Rüppurr 60. Stützenreidt 80. Auhort 100. Saargemünd 50. Sachsenhausen 200. Siegen 150. Sieghütte 100. Sonnenborn 200. Spardau 200. Speldorf 100. Speyer 60. Endenburg 400. Tegel 150. Tempelhof 300. Uffenheim 270. Urberach 100. Vingst 100. Vogelsang 50. Werbau 40. Wertheim 60. Wetter a. M. 150. Wiesloch 50. Witten 400. Beiträge von einzelnen Mitgliedern 397,90. Zurückbezahltes Stammanka von M. Duska, Janer 23,11. Zurückbezahlt Gerichtskosten 5,70. Vergütung an Porto 11,15. Gennahmen 5,39. Ga.: M. 580 491,33.

**Ausgabe.** Nach Alschaffenburg M. 100. Benrath 75. Belsenhausen 70. Brück 50. Cottbus 50. Danziger 15. Fermersleben 100. Forchheim 150. Grestenmünde 100. Glashütte 60. Großenbaum 60. Halberstadt 75. Hamburg (Innere Stadt) 100. Höchberg 50. Höchst a. M. 160. Klostrie 100. Leipzig-Entrich 100. Leipzig-Ost 60. Mannheim-Lindenholz 200. Merscheid 100. Oberleestern 50. Oldendorf 60. Ottensen 140. Potsdam 50. Rabenau 50. Sürth 50. Wehlbeck 100. Weißhaus 50. Reis 100. Zwicker 50. Krautengeld an: B. Eritropel, Bitter 10,50. J. Funke, Twistringen 6,60. A. Geck, Han 27,30. C. Herbigel, Kupferbreit 9,90. D. Steyer II. Erba 19,80. E. Krewinkel, Blumenthal 27,30. C. Kunst, Hiddingshausen 37,80. M. Müller, Buda 19,80. P. Scheerbaum, Großjülich 23,10. P. Schröder, Gunnersdorf 8,40. D. Schulz, Charlottenhain 46,20. A. Schulze, St. Andreasberg 29,70. G. Bürz, Derne 21. Sterbegeld für P. Schröder, Gunnersdorf 60. Gehalt an die Beamten der Hauptverwaltung 905. Vergütung an die Redaktionskommission für Schiedsgerichtssitzungen 215,40. Markogeld des Hauptklassikers 10. Gerichts- und Anwaltsgolden 42,75. Drucksachen 950. Ein Megal 80. Porto. Schreibmaterial usw. 178,07. Ga.: 5152,62.

**Bilance.**  
Ginnahme M. 580 491,33.  
Ausgabe " 5152,62  
Kassenbestand M. 575 338,71.  
C. Wittenuth, Hauptklassiker.

### Verbands-Anzeigen.

**Zu jeder Versammlung werden neue Mitglieder aufgenommen und können Beiträge bezahlt werden.**

**Aachen.** Samstag, 21. Nov., Abends 9 Uhr, bei Robert, Gülichornsteinstraße 5. Mitglieder-Versammlung. — Besuch Regelung der Bibliothek hätten wir, die ausziehenden Bücher zurückzubringen.

**Altenburg.** Sonnabend, 21. Nov., Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im "Waldbühnen". Vortrag über: "Alte und neue Weltausstellung". Referent: Genoss Wicker aus Leipzig. — Rücksendung: Sonntag Vorm. 10 Uhr, im "Löwen".

**Apolda.** Sonnabend, 21. Nov., im "Vorwärts" Mitglieder-Versammlung. — Die Reisenden werden erachtet, ihren Pflichten nachzukommen.

**Augsburg.** Samstag, 21. November, Versammlung mit Vortrag über: "Umweltverschärfung".

**Bernburg.** Sonnabend, 23. Nov., außerordentlich. Mitglieder-Versammlung im "Thüringer Hof". — Den reisenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß das Heizgeld nicht mehr im Belegschaftslokal, Steinstr. 4, ausgezahlt wird, sondern im "Thüringer Hof", Steinstr. von 7-8 Uhr Abends. — Der Betriebsmann Betzische wohnt Steinstr. 40.

**Besau.** Sonnabend, 23. Nov., Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Allner, Friedhofstr. 14. — Die Reisenden werden an ihre Pflichten erinnert.

**Burgdorf.** Samstag, 21. Nov., Abends 9 Uhr, bei Schwarz, Süderstr. Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Genossen Franziska Solingen.

**Elangen.** Sonnabend, 21. Nov., Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Schrey.

**Frankenthal.** Samstag, 21. Nov., Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Griesser.

**Frankfurt a. M. (Alg.)** Beitragszahlung von 1/9 bis 1/10 Uhr Abends bei Sauer, Braub., Brüderstraße 52 (Sachsenhausen); Heinz, Prinz, Herbolzheimerstr. 26; Karl Schmidauer, Prinz, Sandstr. 243; Peter Gau, Schortheimerstr.

**Frankfurt a. M. (Cont. b. Spengler und Instalatoren.)** Samstag, 21. Nov., Abends halb 9 Uhr, bei Stein, gr. Escherheimerstr. 23, Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Herrn Prof. Dr. Kinkel über die zoologisch-paläontologische Sammlung des Senckenbergischen Museums. — Sonntag, 22. Nov., Bestätigung des Museums unter Führung des Herrn Prof. Dr. Kinkel. Zusammenfassung im Vereinslokal. Abmarsch präzis 2 Uhr.

**Fürlwangen.** Samstag, 21. Nov., Abends halb 9 Uhr, im Gasthaus zum "Bald", Mitglieder-Versammlung. — Reisenden werden erachtet, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

**Göppingen.** Samstag, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung.

**Hamburg.** (Sektion der Klempner.) Samstag, 1. Dez., Abends 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der "Leistungshalle."

**Hannover.** (Sektion der Mechaniker u. d. W.) Dienstag, 24. Nov., Mitglieder-Versammlung bei Rutsche, "Passage-Restaurant". Fachwissenschaftlicher Vortrag. — In 14 Tagen Generalversammlung.

**Hannover.** (Sektion der Schuhleute.) Sonnabend, 28. Nov., Abends, halb 9 Uhr, Versammlung bei Gredina, Langestra. 2. — Unsere Versammlungen finden von jetzt ab regelmäßig jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat statt.

**Harburg.** Sonnabend, 28. November, Abends, halb 9 Uhr, bei We. Kaiser, Mitglieder-Versammlung. Vortrag.

**Karlsruhe.** (Alg.) Sonntag, 29. Nov., Vorm. halb 10 Uhr, bei Kalmbach, Kaiserstr. 2. Mitglieder-Versammlung. — Bibliotheksbücher sind mitzubringen.

**Karlsruhe-Mühlburg.** Samstag, 21. Nov., Abends, halb 9 Uhr, im Gasthaus zum "Ritter", Mitglieder-Versammlung. Vortrag.

**Tiergau.** Am 21. Nov., Abends, 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im "Preußischen Hof". — Die Reisenden werden an ihre Pflichten erinnert. — Sonnabend, 5. Dez., Stiftungsfest im "Reichsbad".

**Mühlhausen i. Th.** Montag, 23. Nov., Stiftungsfest im "Thüringer Hof" mit theatralischer Abendunterhaltung und Ball, wozu Mitglieder und Freunde eingeladen sind.

**München.** (Sektion ddr Schlosser und Maschinenbauer.) Samstag, 28. Nov., Abends, 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Ober-Ost, Sendlingerstr. Vortrag. — Die Kollegen von Neuhausen können ihre Beiträge außer im Ober-Ost in der "Promenade", Thymphenburgerstr., und zwar alle Samstage Abends von 8-10 Uhr, entrichten.

**Neumünster.** Freitag, 27. Nov., Abends, halb 9 Uhr, Versammlung bei Kellermann, Löherstr. Vortrag des Genossen Thurow aus Kiel.

**Nordhausen.** Sonnabend, 28. Nov., Abends, Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Kollegen Holzapfel über: Bildung und Freizeit. — Die reisenden Mitglieder werden dringend gebeten, ihren Verpflichtungen nachzukommen. — Alle Sendungen an den neuen Bevollmächtigten Rich. Deckert, Wallstraße 57b.

**Nürnberg.** (Sektion der Glasnehmer u. d. B.) Samstag, 28. Nov., Mitglieder-Versammlung im "Goldenen Löwen", Dößwienerspleiß. — Samstag, 5. Dez., Generalversammlung mit Neuwahl der Ortsverwaltung im gleichen Lokal.

**Nürnberg.** (Sektion der Rothgächer.) Samstag, 28. Nov., im Café Werk, Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Genossen Holzapfel über: Statistik und moderne Betriebswirtschaft.

**Nürnberg.** (Sektion der Schmiede u. d. B.) Samstag, 28. Nov., Abends, halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im "Zimmerhof".

**Oeynhausen.** Sonnabend, 28. Nov., Abends, 8 Uhr, bei Wirk. Diöbile in Nehme, Stiftungsfest mit Ball.

**Plauen i. V.** Die Mitglieder-Versammlungen finden alle 14 Tage im Deutschen Hof statt. Die nächste ist am 28. November.

**Baithenow.** (Sektion der Eisengießer.) Samstag, 28. Nov., Abends, halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Gräf. Neuendorff der Betriebsbeamten.

**Schwelm.** Samstag, 22. Nov., Nachm. 5 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Herrn Ebinghaus. Vortrag. Abrechnung. — Die Reisenden werden erachtet, ihren Pflichten nachzukommen.

**Stuttgart.** (Sektion der Glasnehmer.) Samstag, 21. Nov., Abends 8 Uhr, im "Hirsch", Mitglieder-Versammlung. Vortrag von Kollege Wöhmann.

**Witten.** Sonnabend, 22. Nov., Vorm. 9 Uhr, Versammlung bei Herrn Weißfeld.

**Wolfenbüttel.** Sonnabend, 28. Nov., Mitglieder-Versammlung in der "Domäne". Verteilung über ein Blattvergütung.

### Gessenti. Versammlungen.

**Dessau.** Montag, 23. Nov., Abends, halb 9 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung bei Allner, Friedhofstr. 14. Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Referent: Schriftsteller Paul Körne-Behold aus Leipzig.

**Gröningen.** Sonntag, 22. Nov., Nachm. 2 Uhr, im Gasthaus zum "Ochsen" öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. Zweck und Arbeiten der Organisation. Referent: Kollege Kleemann.

**Gumbrecht.** Sonntag, 22. Nov., im Lokal von H. Klein öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.

### Freie Vereine.

**Höveln i. S.** (Metallarbeiter-Verein.) Sonnabend, 28. Nov., Abends, halb 9 Uhr, Versammlung in der "Muldenterasse". Vortrag. Unterrichtskurse betr.

### Anzeigen.

**Die Verwaltungen des D. M. B.** werden erachtet, uns etwaige Ausstände bei den in unserem Blatte Arbeitersuchenden Firmen sofort unter Angabe der Gründe zu melden.

**Das Buch Nr. 127 747, lautend auf Max Brandt, geboren am 18. August 1856 zu Unterdenkendorf, wurde verloren und ist auszuhalten.**

**Ortsverw. Nordhausen.**

**Wir warnen hiermit vor dem Schlosser Hermann Weiß, geb. zu Heidekrug am 26. Juni 1868, Nr. 143 135, einget. am 20. Sept. 1896 in Frankenthal. Derselbe lebt sich hier von verschiedenen Kollegen Uhren geben, angeblich um sie zu reparieren, ist aber damit verschwunden. Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, denselben sofort der Polizei zur Anzeige zu bringen.**

**Ortsverw. Frankenthal.**

**Die Verwaltung Augsburg erachtet die Kollegen, welche mit dem Spengler Willy. Herlan, geb. zu Durach, arbeiten, denselben zu veranlassen, seinen Verpflichtungen nachzukommen.**

**Bei erjuige den Kiewiner August Kruse aus Lüneburg, einget. zu Ostern 1894 zu Lüneburg, um seine Adresse.**

**Heine Kruse, Schlosser, Ottersf. n. Gr. Brunnenstr. 70 p.**

**Ein Leinenhauer, welcher alte soziale Feinde hauen kann, sucht dauernde Beschäftigung. Anfragen zu richten an Theodor Wieke, S**